

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7071.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingungen:**  
 Beträgt für die sechsgepaltene Kolonne  
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
Gerichtspräsident: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 19. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
Gerichtspräsident: Amt I. Nr. 5121.

### Die deutsche Streikstatistik.

Von der Zuchthausvorlage, für die der Spender der 12000 M. noch immer Propaganda macht, ist neben einigen Urteilsfällungen im Sparenberger Geiste nur die deutsche Streikstatistik übrig geblieben.

Von der amtlichen Statistik sagt Mischler im ersten Bande seines Handbuchs der Verwaltungsstatistik, daß sie immer Verwaltungsstatistik ist, immer nicht um eines rein ideellen ethisch-wissenschaftlichen Zweckes vorgenommen wird, sondern lediglich der Verwaltung zu dienen hat, der Kontrolle einerseits, der Aenderung der Gesetzgebung andererseits. Unsere Streikstatistik ist ein legitimes, das einzige legitime Kind der Zuchthausvorlage, sie soll beweisen, wie notwendig ein Zuchthausgesetz, eine Bestrafung des Kontraktbruches im Arbeitsverhältnisse, ein Verbot, zum mindesten eine Unterbindung der bei Arbeitseinstellungen mitwirkenden Arbeiterorganisationen ist. Die Streikstatistik soll beweisen, wie staatsmännisch unsere Regierung war, als sie die Zuchthausvorlage einbrachte, wie von allen guten Geistern verlassen unser Reichstag war, als er unser sociales Gebäude nicht krönen wollte mit der mehrfach und immer feierlicher angekündigten Vorlage zum Schutze der „Arbeitswilligen“.

Betrachten wir nun, ob diese Statistik, deren polizeilicher Ursprung bekanntlich nicht bestritten werden kann, beweist, was ihr zugemutet wird. Unsere Kritik muß ausgehen von den uns amtlich gebotenen Zusammenstellungen, sie kann nicht die Angaben über die einzelnen Streiks unter die Lupe nehmen, weil diese Aufgabe der Tagespresse, die über das bezügliche Material nicht verfügt, auch nicht zugemutet werden kann. Aber es wäre eine dankenswerte Aufgabe der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die Wichtigkeit jeder einzelnen Angabe über jeden in der Publikation angeführten Streik auf Grund ihres Materials und der Aufzeichnungen unserer Gewerkschaftsverbände zu überprüfen und das Ergebnis so bald als möglich zu publizieren. Es wäre dies um so wichtiger, als uns einige Angaben über Streiks, die wir genau verfolgt haben, nicht ganz den Thatfachen zu entsprechen scheinen.

Die Streikstatistik für das Jahr 1900 geht mehr in die Einzelheiten der Streikursachen ein, als die für das Jahr 1899, sie ist aber sonst nach den gleichen Prinzipien aufgebaut, wie ihre Vorgängerin, bedarf also keines neuerlichen kritischen Eingehens. Nur das sei bemerkt, daß selbst der Bearbeiter der Statistik das Gefühl nicht zum Schweigen bringen kann, daß es nicht bloß die launere Wahrheit ist, die er vorzuführen hat; mehr oder minder verblümt findet sich seine Klage, daß die untergeordneten Polizeiorgane aus deren Ermittlungen doch das ganze Material aufgebaut ist, wenig geeignet sind zur Vornahme der Erhebungen. So heißt es bei der für die Vued. Pobjadowitz, Deumer, Müller und Konsorten wichtigsten Frage der Mitwirkung der Gewerkschaften bei Arbeitseinstellungen: „... Allerdings wird auch hierbei der wahre Sachverhalt weder für den nachträglich mit der Sichtung des Materials befaßten Bearbeiter noch auch für die mit der Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse beauftragten Polizei-Organen immer klar zu Tage treten, so daß auch bei diesem Punkte dem subjektiven Ermessen ein gewisser Spielraum verbleiben wird.“

Die gleiche Klage veranlaßt die Erhebung über die Feststellung des Kontraktbruchs: „Ueber die Bedeutung dieser Gegenüberstellung („zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt“ oder „kontraktbrüchig“) sind bei den mit der Erhebung des Urmaterials betrauten Behörden vielfach irrige Auffassungen zu Tage getreten. . . . sie (die Entscheidung) ist mit umso größeren Schwierigkeiten verknüpft, wenn sich die Grundlage für die Beurteilung dieser Frage abgebenden Feststellungen der Behörden, wie dies vielfach der Fall sein wird, ausschließlich auf mündliche Informationen untergeordneter Polizeiorgane stützen.“

Und nun endlich ist die Kriminalstatistik der Polizei über die Streiks ebenso ansehnlich, heißt es doch über sie: „Nach den Mitteilungen . . . hat die Streikbewegung des Berichtsjahres, insoweit die beendeten Streiks in Frage kommen, in 194 Fällen zur Anrufung der Staatsanwaltschaft geführt, während 30 mal die Polizeibehörden in Anspruch genommen wurden. Ob und inwieweit es zu einem wirklichen Einschreiten der erstgenannten Behörde gekommen ist und welche Wirkung dasselbe gehabt hat, ist erklärlicherweise nicht aus den Nachweisungen zu ersehen, die zu einer Zeit aufgestellt werden mußten, zu welcher zwar der Streik beendet war, der definitive Erfolg etwa eingeleiteter Amtshandlungen aber noch nicht feststand. Was übrigens die seitens der Polizeibehörden entwickelte Thätigkeit anlangt, so hat dieselbe nur in einem Teile der vorerwähnten 30 Fälle in direktem Einschreiten gegen die Streikenden bestanden; vielfach konnte die Polizeibehörde sich beschränken auf die Aufstellung von Schutzmannschaften auf der Arbeitsstelle (behufs Ueberwachung der Lohnauszahlung, Sicherung der Arbeitswilligen) oder auf Wahnhöfen (Sicherung ankommender Arbeiter), auf die gesteigerte Kontrolle der Wirtschaften, der Versammlungen der Streikenden usw.“

Aus diesen drei wörtlich wiedergegebenen Citaten ist klar zu ersehen, daß diese amtliche Statistik nicht die Beweiskraft hat, die sie zu einem Mittel zur Herbeiführung neuer Zuchthausvorlagen geeignet erscheinen lassen kann.

Aber selbst der Inhalt der Tabellen, wenn man ganz die Herkunft des Materials vergessen will, wird es Herrn Dr. Alexander Tille nicht leicht machen, den Nachweis zu erbringen, daß uns ein Zuchthausgesetz dringend not thut.

Im Jahre 1900 ging die Prosperitätsperiode zu Ende und die Wirtschaftskrise begann. Hieraus erklärt sich, daß die Zahl der Streiks höher war als im Jahre 1899, wie dagegen voraussichtlich das Jahr 1901 weniger Streiks aufweisen dürfte als 1900. Im Jahre 1900 war gegenüber 1899 höher

die Zahl der beendeten Streikfälle	um 11,3 Proz.
betroffenen Betriebe	8,7
zu völligem Stillstand gekommenen Betriebe	44,6
bei Ausbruch des Streiks in den betroffenen Betrieben beschäftigten Arbeiter	18,3
gleichzeitig Streikenden	23,6

Während im Jahre 1899 25,7 Proz. aller beendeten Streiks vollen, 33,3 Proz. teilweisen und 41 Proz. überhaupt keinen Erfolg hatten, waren im Jahre 1900 die betreffenden Zahlen für die Arbeiter bedeutend ungünstiger: nur 19,2 Proz. hatten vollen, 35,2 Proz. teilweisen, dagegen 45,6 Proz. überhaupt keinen Erfolg.

In allen Bundesstaaten mit Ausnahme von Schaumburg-Lippe, in allen preussischen Provinzen mit Ausnahme von Hohenzollern kamen Streiks vor, 64,57 Proz. aller in Preußen, 8 Proz. in Sachsen, 6,77 Proz. in Bayern, 5,68 Prozent in Hamburg, in 6 weiteren Bundesstaaten weniger als 2, in allen übrigen weniger als 1 Proz. Ueber ein Drittel aller Streiks (34,68 Proz.) entfielen auf das Baugewerbe, über 1/3 (13,47 Proz.) auf die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, dann folgen mit 6-7 Proz. aller Streiks die Industrien der Steine und Erden und der Metallverarbeitung, mit 5-6 Prozent die Industrien der Nahrungs- und Genussmittel, der Bekleidungs- und Reinigungs-gewerbe und der Textilindustrie usw. Weniger wie 1 Proz. aller Streiks entfielen auf die Industrie der Leuchtstoffe, Fette und Oele, die chemische Industrie, die künstlerischen Gewerbe, die Kunst- und Handlungsgärtnerei.

39,88 Proz. aller Streiks wurden im Frühjahr, 24,49 Proz. im Sommer, 18,67 Proz. im Herbst und 16,96 Proz. im Winter begonnen.

Von den 1433 beendeten Streiks wurden insgesamt 7740 Betriebe betroffen, in denen bei Ausbruch des Streiks 298819 Arbeiter, darunter 46782 im Alter von unter 21 Jahren, beschäftigt waren, 2733 Betriebe (35,3 Proz. aller) wurden durch die Arbeitseinstellung zum völligen Stillstande gebracht. Die Angriffstreiks waren gerichtet gegen insgesamt 7273 Betriebe mit 233 052 beschäftigten Arbeitern (38 433 jugendlichen) und führten zum Stillstande von 2593 Betrieben; behufs Abwehr von Eingriffen der Unternehmer in das bestehende Arbeitsverhältnis wurde dagegen in 467 Betrieben mit 45 767 Arbeitern (8329 jugendlichen) gestreikt, was den Stillstand von 140 Betrieben nach sich zog. Im ganzen Deutschen Reich mußten bloß 9007 Arbeiter wegen Streiks unfreiwillig feiern.

Fast die Hälfte der Streiks (47,6 Proz.) dauerten weniger als 5 Tage und bloß weniger als ein Sechstel aller (17,5 Proz.) über 30 Tage. Bei 84,86 Proz. waren weniger als 100 Personen, bei 2,16 Proz. über 500 Personen beteiligt. 1436 mal kamen Forderungen in Bezug auf den Arbeitslohn, 513 mal hinsichtlich der Arbeitszeit und 820 mal bezüglich anderer Forderungen vor.

70,6 Proz. der Streikenden waren bei Ausbruch des Streiks zur sofortigen Niederlegung der Arbeit berechtigt, 29,4 Proz. wurden von den Schutzleuten und Gendarmen als kontraktbrüchig bezeichnet. Unter den 430 in Lübeck in den Streik eingetretenen Arbeitern war kein einziger kontraktbrüchig und trotzdem hielt man es bekanntlich dort für nötig, ein besonderes Zuchthausgesetz sich zu leisten.

Begierig sind wir, welche Forderungen die Scharmacher aus dem folgenden, wörtlich wiedergegebenen Satze ziehen werden: „Die Bedeutung und Wirksamkeit der Arbeiterorganisationen dürfte sich darin zeigen, daß von den Streiks mit Intervention von Berufsvereinigungen nur 42,3 Prozent ohne jeden, und 41,7 Prozent mit teilweisem Erfolg endeten, während sich die entsprechenden Zahlen bei den Ausständen ohne Intervention solcher Vereinigungen auf 50,5 bzw. 25,4 Proz. stellen“. Die auch die Scharmacher sich zu diesem Ergebnisse stellen, für uns ist dies das höchste Lob der Gewerkschaftsorganisationen, ist es ein Mahnruf an alle Arbeiter, sich zu organisieren und nur nach reiflicher Erwägung aller Umstände und nur unter voller Zustimmung der Verbandsleitungen in einen Streik einzutreten. Je besser die Arbeiter organisiert sind, je mehr sie sich in den Gewerkschaften gesammelt haben, desto geringer wird die Zahl ergebnisloser Arbeitseinstellungen, desto größer die Erfolge unserer Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen.

Hoffentlich beweisen die späteren Streikstatistiken, daß diese so oft gepredigte Lehre von Jahr zu Jahr mehr Verstandnis findet. Dann werden auch die Scharmacher mit steigendem Mißbehagen die amtliche Streikstatistik durchblättern. Zu unserer Freude haben sie auch keinen Grund zur Befriedigung über die Streikstatistik für das Jahr 1900.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. Juli.

#### Der Wuchertarif.

Es scheint, als ob in der That der vom „Stuttgarter Beobachter“ skizzierte Zolltarif der jetzige Entwurf ist, den die preussische Regierung den andern Staaten zur Beschlußfassung unterbreitet hat, dessen Zustimmung sie sich schwerlich entziehen werden. Wir haben also nun mit der festen Thatfache zu rechnen, daß der Zolltarif nicht nur bedeutend erhöhte Zollsätze für Getreide enthält, sondern daß sie auch durch das System des Doppeltarifs nach unten hin gebunden sind. Für Roggen sind 6 M. angesetzt, also beinahe eine Verdoppelung des jetzt bestehenden Zolles, und der Minimalzoll soll 5 M. betragen, mithin den höchsten bisher jemals erwogenen Satz erreichen, dessen Beseitigung seiner Zeit Caprioli für unbedingt notwendig erklärte und aus dessen Herabsetzung sich die „rettende That“ der Handelsverträge ermöglichte. Für Weizen wird sogar noch darüber hinausgegangen und 6,50 M. im Maximum, 5,50 M. im Minimum gefordert. Diese verschiedene Behandlung von Weizen und Roggen ist darauf zurückzuführen, daß man durch solche Begünstigung des Roggen exportierenden Ausland gegenüber dem Weizenland America erstens zum Abschluß eines Handelsvertrags bringen zu können hofft, damit es dann mit Amerika auf einen Zollkrieg ankommen lassen könne.

Aber mit diesen Wuchertarifen für Brotgetreide glaubt der preussische Entwurf noch nicht genug gethan zu haben. Es sollen auch noch die Zölle für Vieh, Fleisch, Speck, Butter, Käse, Eier, vermuthlich auch noch für Gemüse und Obst riesig erhöht werden. Haben es bisher die Agrarier durch Grenzperren aus „gesundheitlichen Rücksichten“ zu erreichen gewußt, daß die Lebensmittelpreise in Deutschland die aller anderen westeuropäischen Staaten überstiegen, so wird jetzt die Maske der „Gesundheitsrücksichten“ fallen gelassen und ein gewaltig hoher Zoll als Grenzperre gesetzt. Jeder Stier und jede Kuh soll künftig mit 25 M. (statt bisher 9 M.) bezollt werden; Jungvieh soll mit 15 (bisher 5), Schweine mit 10 M. (bisher 5 M.) pro Doppelcentner bezollt werden. Das bedeutet eine Verdoppelung, ja Verdreifachung des bisherigen Zolles. Welche Interessen dabei auf dem Spiele stehen, geht daraus hervor, daß im Jahre 1900 für 11 817 000 M. Jungvieh, für 21 581 000 M. Kühe, für 26 990 000 M. Ochsen und für 5 088 000 M. Schweine eingeführt wurden. Dazu kommt Fleisch und Speck, das künftig mit 35 M. (jetzt 30) bezollt werden soll. Es wurden im Jahre 1900 an Fleisch 51 242 Tonnen (für 45 373 Millionen Mark) eingeführt.

In einer Zeit industriellen Niedergangs, sinkender Löhne, steigender Erwerbsunsicherheit wird dem Volke eine neue gewaltige Verteuerung der notwendigen Lebensmittel angeordnet — um einer geringen Anzahl Großagrarien willen. Es werden zugleich die Handelsverträge in Frage gestellt, Zollkriege vorbereitet und die exportierende Industrie aufs schwerste erschüttert. Auf den Reichthum ist ebenso wenig Verlaß wie auf die Regierungen. Hier wie dort herrscht das Agrarierthum. Das Volk muß selbst sein Recht erkämpfen und mit aller Macht und allen tauglichen Mitteln diese verderbliche Politik abwehren. Diese Politik der Verwahrlosung der Noth darf unter keinen Umständen Gesezeskraft erlangen! —

#### Die Krise.

Nachdem alle die Prophezeiungen von der baldigen „Veruhigung“ des erschütterten Wirtschaftslebens Schiffbruch gelitten haben, hört nun auch in den Börsenblättern die Versicherung auf, die diese Krise als einen „kurgen Aufhepunkt“ bezeichnete. Die Börsenblätter geben jetzt den Raubbau zu, der auf industriellem Gebiete Jahre hindurch betrieben worden ist; sie gestehen auch schon ein, daß wir uns am Beginn einer Weltmarkts-Krise befinden.

Die von einem wüsten Launel war beim Beginn der Prosperitätsperiode die kapitalistische Welt ergiffen worden. Die größere Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts war das Signal zu einer planlosen Warenerzeugung, die alsbald den Weltmarkt in einer weit über das wirkliche Bedürfnis hinausgehenden Weise mit Waren aller Art anfüllte. Dazu kam eine tolle Spekulation. Die Banken stellten ihre Kapitalien in die industriellen Unternehmungen und finanzierten bald die gewagtesten Gründungen.

Die gegenwärtige Krise beschränkt sich nicht auf Deutschland. In England, Rußland, Frankreich, in den Vereinigten Staaten zieht sie ihre fürchtbaren Spuren. Namentlich auf Amerika blickt man jetzt mit Besorgnis, und man glaubt, daß das Wirtschaftsleben Amerikas nächstens von schweren Schlägen heimgeführt werde. Die großen amerikanischen Bankhäuser sind große Engagements eingegangen, die sie zwar bis jetzt erfolgreich durchführen konnten, aber, wie die Ausweise der New Yorker associierten Banken zeigen, nicht ohne sich häufende Schwierigkeiten. Selbst die „Times“ schreiben angefüllt der gespanntesten Lage: „Die Handelsthätigkeit in den Vereinigten Staaten hat bereits vor vielen Monaten ihren Höhepunkt überschritten und wir müssen auf eine relativ ruhige Geschäftsthätigkeit für die nächsten zwei oder drei Jahre im Wirtschaftsleben der ganzen Welt rechnen.“

In Deutschland verschlimmert sich die Lage. Auf vielen wesentlichen Eisenwerken haben sich Berge von Notheisen angesammelt und die Werke wissen nicht, wohin mit den Mengen, weil aller Absatz stöck. Ebenso sind in den Rheinhäfen und am Dortmund-Kanalhafen große Coalkmassen angehäuft, für die es keine Verwendung giebt. Eisen-



und Kohlenwerke arbeiten mit Betriebs- und Förderungs-  
einsparungen. Die Eisenindustrie hat jetzt Rohmaterial im  
Ueberfluß, doch da sie auf Grund ihrer bereits vor mehr als  
Jahresfrist abgeschlossenen Verträge geliefert bekommt, erhält  
sie das Rohmaterial zu den bisherigen hohen Preisen, während  
ihr Absatz sinkt und der Preis der Fertigfabrikate sinkt.

Unter solchen Umständen leidet auch die bisherige  
Preispolitik der Syndikate Schiffbruch. Das  
Coalsyndikat ist bereits derart machtlos, daß die preussische  
Staatsbahn-Verwaltung ihren Coalsbedarf für nächstes Jahr  
bei zahlreichen Zechen decken konnte zu einem Preise, der  
weit hinter dem Syndikatspreise zurückbleibt. Auch im  
Siegelerde kann man das Weichen der Preise  
nicht verhindern. Dort hatte das Syndikat den  
Wahlwerken, um den Markt zu leeren, hohe Export-  
vergütungen gewährt und dadurch eine künstliche Steigerung  
der Ausfuhr herbeigeführt. Da jedoch die Nachfrage des  
Auslands alsbald wieder nachließ, ist heute der Preis-  
preis niedriger wie zuvor. Auch die Beschäftigung läßt sehr  
zu wünschen übrig und Arbeiterentlassungen haben statt-  
gefunden. Ebenso ist auf dem oberschlesischen Eisen-  
markt die Lage neuerdings durch den Rückgang aller Be-  
stellungen schlechter geworden. Die ohnehin sehr großen Be-  
stände nehmen noch weiter zu.

In den verschiedenen Industriezweigen ist durch die Krise  
auf meistens die Elektrizitäts-Industrie erschüttert.  
Auf den Kummertrock in Dresden ist jetzt für die kleinen  
Geldbesitzer die schlimmste Ueberfrachtung über den Stand der  
Schudert-Elektrizitätsgesellschaft in Nürn-  
berg gefolgt. Es ist eine jener typischen Trustunternehmungen,  
die überall Tochtergesellschaften gründen, um sich eigene Ab-  
satzgebiete zu schaffen, waghalsige Gründungen und Spe-  
kulationen, deren Grundlage die Krise sofort erschüttert hat.  
Ueber das In- und Ausland dehnt sich das Netz dieser  
Gründungen aus und der Ausfall und Verlust ist deshalb sofort  
beträchtlich, wenn der Absatz der Trustgesellschaft zu sinken  
beginnt. Die Schudert-Gesellschaft berechnet allein den Aus-  
fall in der Abteilung für größere Bauausführungen auf  
10 Millionen Mark, die Verringerung des gesamten Ge-  
schäftsumsatzes auf 5 Millionen Mark. Bewertete schon dieser  
ungünstigen Zahlen halber die Börse die Aktien niedriger, so  
trat ein völliger Kurssturz ein als bekannt wurde, daß das  
Unternehmen nicht in der Lage sei, Dividende auszuschütten.  
Die Aktien befinden sich zumeist in den Händen kleiner Leute  
und während die großkapitalistischen Hintermänner des Un-  
ternehmens diese den ganzen Schaden tragen ließen, bewilligten  
sie gleichzeitig den Ausschüßern: Reichsräten, Kom-  
merzienräten, Vordirektoren, Fabrikdirektoren Tausende an  
Lantien, insgesamt über drei Viertel Million  
Mark! Der Vorgang hat selbst die Kritik der hart-  
geotenen Börsenblätter herausgefordert; das hat denn  
schließlich auch die Herren Ausschüßern veranlaßt, die Erhebung  
der von ihnen „verdienten“ Summen einstweilen zu stunden.  
Bei dem Schudert-Unternehmen beteiligt sind unter anderem  
die Kommerz- und Diskontobank, Bayerische Vereinsbank,  
Bayerische Hypothek- und Wechselbank u. a. m.

Die Berliner Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft be-  
schäftigte Ende Juni 10 576 Arbeiter gegen 12 204 im Vor-  
jahre. In den andern Großbetrieben dieser Industrie sieht  
es nicht besser aus.

Der „Bund der Industriellen“ richtete an die Bankwelt  
die Aufforderung der Entwertung der Industrie-  
papiere durch geeignete Maßnahmen entgegen zu wirken.  
Bekanntlich haben schon im Vorjahre, beim Beginn der Ver-  
schlechterung, die Großbanken durch umfangreiche Ankäufe  
von Aktien den Gang der Krise aufhalten und das verloren  
gegangene Vertrauen beseitigen wollen. Sie haben aber nur  
schwere Einbuße erlitten.

Die Krise ist die naturgemäße Folge der Ueberproduktion  
und der Ueberproduktion, und da der Kapitalismus jene ver-  
ursacht hat, so ist er andererseits auch nicht im Stande, die  
fürchterlichen Wirkungen seines anarchischen Systems zu ver-  
hindern oder abzumildern.

Aus Essen wird uns geschrieben:  
Folgen der Krise. Auf fast sämtlichen Zechen im Ruhrrevier  
werden jetzt Feierschichten eingelegt. Durchschnittlich je eine Schicht  
in der Woche. Auch wird von mehreren Zechen über Kündigungen  
im großen Umfang berichtet.

Zur Krise in Sachsen teilt unser Juidauer Partei-Organ  
aus Weiden mit, wo die Firma J. G. Popp (Direktoren Reichmann  
und Gemig) verkracht ist: „Wird ein anderer Ort von Feuerstrot  
heimgesucht und verlieren Hunderte ihr Obdach, so ist das nichts  
gegen die Krise, die wir jetzt durchzumachen haben. 500 Arbeiter  
arbeitslos, daß will für eine Stadt von 19 000 Einwohnern  
wirklich viel sagen und was hat man für diese unglücklichen Opfer  
noch übrig? Lediglich Hohn!“

Wenn man dagegen bedenkt, wie der verhaftete Direktor Gemig  
und der so schön verputzte Direktor Reichmann der ruinerten Ge-  
sellschaft zusammen weit über 1 Million Mark Schaden beibrachten  
und welche Rolle diese Gelden in ihren Lokal-  
angelegenheiten spielten, so muß man geradezu staunen,  
daß es möglich war, daß diese sogenannten Herren noch die Frechheit  
haben konnten, sich als Staats- und Religions-  
retter aufspielen zu können und als Sozialistenstier  
zu fungieren. Als Stadtverordneter und sogar Vorsteher  
derselben, brachte dieser famose Reichmann seiner Zeit die  
eblich gemeinte Königsberger Petition gegen die Erhöhung der  
Getreidezölle in mehr als ironischer Weise zur Verlesung und zur  
Ablehnung.

Ein armer Handwerker, der für an die verkrachte Poppische Fabrik  
Spindeln lieferte, wartete vergeblich auf seine auf mehrere  
tausend Mark angelassene Forderung; er ließ sich auch noch  
vom Direktor verleiten, diesem ein Gefälligkeitsaccept zu  
geben, das nächsten Monat erst fällig ist. „Ich hätte jetzt 7000 M.  
ein!“ war sein Schmerzensausdruck, als er vom Konkurs dieser Firma  
unterrichtet wurde. „Ich kann jetzt noch Hause fahren und ebenfalls  
meinen Konkurs anmelden!“ Ja, dem Handwerker muß geholfen  
werden!

Dasselbe Blatt meldet aus Reichenbach:  
Die Konkurse der Kleinhandlender und mittleren Geschäftsleute  
sind tägliche Erscheinungen. Die Bankkrach haben mit ihren  
Folgen auch hier aufgetroffen. Diejenigen Kapitalisten, welche ihre  
Verluste überleben können, werden gar nichts sagen, sobald  
dabon wenig bekannt wird. Man spricht von 18 Verlustfällen. Ein  
größeres Geschäft in Wolle und Eisen befindet sich in Zahlungs-  
schwierigkeiten.

## Deutsches Reich.

Der starke Mann. Nach der „Freisinnigen Zeitung“ hat  
Graf Walow nicht weniger als dreimal zu Gunsten der Be-  
stimmung Kaufmanns beim Kaiser gesprochen. Trotz dieser drei-  
maligen Niederlage ist Graf Walow noch immer Kanzler!

Der liberale „Hamburger Korrespondent“ mißbilligt zwar die  
Nichtbestimmung, beschwört aber die Berliner Stadtverordneten,  
die Schidung mit Ergebenheit hinzunehmen. Er warnt davor,

„daß sie einen politischen Fehler mit einer politischen Unbesonnen-  
heit beantworteten. Die Gründe, aus denen Herr Kaufmann nicht  
bestimmt wurde, dürfen dabei noch unter Anblich auf die Ent-  
schlüsse der Berliner Stadtverordneten gar keinen Einfluß haben,  
beim mögen sie ihnen zu noch so berechtigtem Vorn Veranlassung  
geben, der Vorn darf im politischen Leben niemals der treibende  
Beweggrund sein, zumal dann nicht, wenn seine Verhängung  
unvermeidbar zu einem nutzlosen Konflikt führen würde.“

Hier handelt es sich nicht um eine Entschlieung des Vorn,  
sondern um die Ausübung und Wahrung des Rechts der Selbstver-  
waltung. Die liberale Gemütsart freilich bekennt sich zu der Religion  
des beschränkten Unterthanenverstandes: Was auch immer geschehe,  
der Unterthan hat zwar allenfalls das Recht, leise sich zu beklagen,  
aber er darf bei Leibe nicht handeln. Und das will mit dem  
Rebellentum des Jnnertums fertig werden!

Freilich fürchten wir, daß diese jämmerliche Sanftmut, die das  
Hamburger Organ predigt, auch in Berlin Freunde hat. Die liberale  
Vorpostille hat eben in Deutschland stets die Feigheit zum Hauier  
gewählt!

Wilhelm der II. und die norwegische Presse. Das  
Regierungsblatt in Christiania „Dagbladet“ hat in einem etwas  
strenge gefärbten Artikel die norwegische Presse aufgefordert, sich  
doch der überheblichen Verächtlichkeit über die Nordlandreise  
des deutschen Kaisers zu enthalten. Ueber solchen Verstoß gegen die  
heiligsten Gesetze des Vornmännens gerät das immer noch frei-  
sinnige „Berliner Tageblatt“ — wohl durch die Kaufmann-Affaire  
in feiner monarchischen Gefühlslage noch gereizt — ganz aus dem  
Gänsehaut. Das ist nicht mehr würdig. Sehr auffällig aber ist es,  
daß das liebe Blatt den geschloffenen Artikel des norwegischen Blattes  
wortwörtlich abdruckt, bis auf vier Buchstaben, die es schließlich  
durch vier Punkte ersetzt. Warum wohl das „D. L.“ die  
norwegischen Meinungen weiter verbreitet?

### Der Attentat-Epith.

Die Rundreise-Neben des Generals v. Sply über das  
„fluchwürdige Attentat“ von Bremen haben nicht nur das offiziöse  
„Niederrheinische Zeitung“ erregt, sondern sogar in —  
Kriegervereinen böses Blut gemacht, obwohl dieser General v. Sply  
der Höchstkommandierende der deutschen Kriegervereine ist. Die  
Bremser Kriegervereine haben gegen den General eine Erklärung los-  
gelassen:

„Die Vorstände der sämtlichen Bremser Kriegervereine weisen  
mit Entrüstung die Auslegung des „Bremser Attentat“  
seitens des Herrn Generals v. Sply zurück, wie auch die  
von dem genannten Herrn beliebte Beur-  
teilung der Haltung unserer Presse zu diesem. Die  
Vorstände sind im Gegenteil der Presse lebhaften  
Dank schuldig für ihr Bemühen, der Ausübung  
des von allen Deutschen beklagten Vorfalles entgegenzutreten, und  
sehen nicht an, zu erklären, daß unsere Presse sich hierdurch  
mindestens verdienter gemacht hat, wie die des Herrn  
v. Sply im gegenteiligen Sinne. Die Bremser Kriegervereine  
und die Bremer Bürger wissen sich mit dem Kaiser eins in  
dem Gedanken, daß, nachdem das Reichsgericht und die  
berufenen ärztlichen Autoritäten ihr auf Unzu-  
rechnungsfähigkeit lautendes Urteil abgegeben, der Vorfalle ein  
für manchen möglicherweise nicht willkommenes  
Ende gefunden hat und somit an Bremen kein Mord mehr haftet.  
Dieser Ansicht sollte sich doch auch Herr v. Sply anschließen,  
wenn er nicht will, daß die Verheerung der Massen,  
deren er eine gewisse Presse zeit, durch sein Auftreten  
in Kreise getragen wird, die, waterlands- und königstreuen  
bis zum letzten Atemzuge, nur den Fehler haben, daß sie sich  
keine andere Meinung aufzwingen lassen.“

Der scharfe Protest ist, wie man sieht, in der Hauptsache durch  
Bremser Lokalpatriotismus diktiert. Aber es scheint auch, daß man  
von verschiedenen Seiten jetzt bemüht ist, den nicht sehr beliebten  
Weltmarschall der Kriegervereine in den Hintergrund zu bugleren.

Herr v. Sply sieht, wie man weiß, seine Lebensaufgabe darin,  
sich so oft wie möglich oben als Retter der Monarchie zu  
empfehlen. Bekannt ist auch, daß er einmal die jetzigen  
Kriegervereinsmitglieder, die socialdemokratisch wählten, als Lügner  
und Heuchler bezeichnete. Dagegen versichern uns Personen,  
die ihn kennen, daß er andererseits wenigstens den einen Vorzug  
hat, daß er sich bemüht, den bei den patriotischen Festen üblichen  
Alkoholverbrauch nach Kräften zu vermindern. Jeder Mensch hat  
eben seine Nischenstellen.

Herr v. Sply hat sich aus sehr bescheidenen Anfängen empor-  
gearbeitet. In seinen jungen Jahren trat er sogar als Dichter aus  
väterlichem Nachlaß auf. Das Werk hieß: „Uto mit dem Tüchlein.“  
Wielleicht darf man seine jetzigen Erzählungen über das Bremser  
Attentat aus den übrig gebliebenen Mänschen seiner früheren  
dichterischen Phantasie erklären.

Eine besonders hohe Meinung von Herrn v. Sply soll der der-  
zeitige Kriegsminister v. Goltz haben, der nicht lebhafter be-  
dauert, als daß diese thätige Kraft nicht mehr im Kriegsministerium  
vorhanden ist.

Jedenfalls gehört General v. Sply zu den charakteristischsten Er-  
scheinungen unserer Zeit. Er ist geradezu ein Musterbeispiel für  
die moderne Kunst — sich empor zu arbeiten.

Nachfolger v. Woodkes wird nach der Meldung der „Berl.  
Pol. Nachr.“ der zum Direktor des Reichsamt des Innern ernannte  
Geheimen Regierungsrath Caspar werden. Vor Woodke leitete  
Unterstaatssekretär v. Rottenburg die Abteilung II des  
Reichsamt des Innern.

Prozess Krosigk. In dem Prozeß wegen der Ermordung des  
Rittmeisters v. Krosigk haben Donnerstagvormittag in Gumbinnen  
die Zeugenvernehmungen, welche fünf Tage in Anspruch nehmen  
sollen, unter der Leitung des Ober-Kriegsgerichtsraths Meyer in der  
Kaserne des Dragoner-Regiments v. Wedel Nr. 11 begonnen. Die  
beiden Verteidiger, die Rechtsanwältin Burkhard und Horn, wohnen  
den Verhandlungen bei.

Militärjustiz. Der Graudenger „Geselligen“ berichtet: In  
10 1/2 Jahren Gefängnis und Verweisung in die 2. Klasse des  
Soldatenlandes verurteilte das Kriegsgericht der 98. Division  
den Missethäter Ferdinand Warzonzel von der 6. Compagnie  
des 128. Infanterie-Regiments wegen grober Majestätsbeleidigung,  
wiederholter schwerer Beschimpfung des Offizierscorps, seiner Unter-  
offiziere usw., wiederholter Widersehlichkeit und verschiedener kleinerer  
Vergehen. Der Angeklagte, welcher der Sohn eines Eigentümers aus  
Dr. Eulau ist, hatte ursprünglich Konditor gelernt, war aber aus  
der Lehre gelaufen und hatte sich sieben Jahre lang außerhalb um-  
hergetrieben. Als er zurückkehrte, wurde er sofort zum Militär  
eingezogen. Eines Tages ließ er sich in militärischer Umgebung  
Ungehörigkeiten und Anschreien zu Schulden kommen, so  
daß er gebunden und fortgeschleppt werden mußte. In seiner  
Wut darüber beging er dann die oben erwähnten schweren Ver-  
gehen.

Eine fürchterliche Strafe! —  
Und diese Strafe ist nicht nur fürchterlich, sondern auch sinnlos.  
Warzonzel ist nach den Angaben seines Verteidigers, des Rechts-  
anwalts Wessel, der Sohn eines notorischen Trinker; von seinen 21 Geschwistern seien auch einige Brüder Trinker, ein  
Onkel väterlicherseits und zwei Onkel sowie der Großvater mütter-  
licherseits seien im Delirium gestorben. Er selbst trinke schon  
seit seinem 14. Jahre regelmäßig, hätte sich in ganz Deutschland  
herumgetrieben und sei diesfalls wegen Diebstahls und Landfriedens  
bestraft. Von den ihm zur Last gelegten Verbrechen will er  
nichts wissen, da er bei Begehung derselben sinnlos betrunken  
gewesen sei.

Nach dem Gutachten des Oberstaatsarztes Dr. Wilberg ist  
Warzonzel durch seine Abstinenz aus einer Trinkerfamilie und  
seine eigene Trunksucht demanisch degeneriert, daß er zu gewissen  
Zeiten die freie Willensbestimmung nicht hat; er gehöre nicht in  
eine Strafanstalt, sondern in eine Trinker-Heilanstalt.  
Trotzdem diese Strafe.

Der Polizeirat Jacher, von dem u. a. jenes sehr merkwürdig  
redigierte „Widener Manifest“ der Socialdemokratie in die Öffent-  
lichkeit gebracht worden ist, das im Fall Kronz eine so große Rolle  
spielte, hat auch in dem polnischen Scheinmündungsprozeß in sehr seltsamer  
Weise mitgewirkt. Die „Germania“ berichtet darüber:

Der Prozeß war, abgesehen von einer dramatischen Scene, in  
der Polizeirat Jacher als Ueberseher die Hauptrolle spielte, nicht  
sonderlich interessant. Dagegen war ein außerordentlich großes Schlag-  
licht auf das Treiben gewisser Polizeiräte, die sich neuerdings in  
der Posener lokalen und provinziellen Berichterstattung durch  
tendenzlose „Ausermannen“ und „Machtstellungen“ breit zu machen ver-  
suchten und auf diesem Gebiete Erstausgaben leisteten. So hat einer  
dieser polizeilichen Vertrauensmänner im „Posener Tageblatt“ und  
in andern Zeitungen, deren Korrespondent er ist, das allerdings  
sensationsvolle Reuconite zwischen Rechtsanwalt v. Ergonowski und  
Polizeirat Jacher völlig totgeschwiegen. Bereits am ersten Ver-  
handlungstage hatte nämlich Rechtsanwalt Gelschowski auf die  
unrichtigen Ueberseherungen des Herrn Polizeirats  
hingewiesen. Nebenbei bemerkt, war auch im Zeitungsprozeß  
vom Angeklagten behauptet, Herr Jacher habe beim Anlagematerial  
unrichtig aus dem Polnischen ins Deutsche überetzt. Am 2. Ver-  
handlungstage — 12. Juli — war nun der Gerichtsdozent  
durch das Vorlesen langer Schriftstücke und Akten unwohl geworden.  
Der Vorsitzende fragte daher die Verteidiger, ob sie damit ein-  
verstanden wären, wenn Herr Polizeirat Jacher die Ueberseherung  
übernehme. Dagegen protestierte Rechtsanwalt Dr. Ergonowski  
sehr energisch, da der Herr Polizeirat in einer Anzahl Fälle wichtige  
Sachen ganz unrichtig überetzt habe. Von diesen Vorgängen, die  
im Gerichtssaal außerordentliches Aufsehen erregten, bringt der  
polizeiliche Berichterhalter des „Posener Tageblatts“ und anderer  
Blätter nichts.

Der Herr Polizeirat ist also seinem von der Socialdemokratie  
bereits festgestellten Gang zu unrichtigem Gittern treu geblieben.

Unser „Weselsbier“. Aus Krefeld wird uns geschrieben:  
Dieser Tage waren die Weselsbier in Kempen a. Rh. versammelt.  
Als Vorwand diente die Enthüllung des Denkmales, das dem Großen  
Vorn, als ersten Vorsitzenden des Rheinischen Bauern-  
vereins, dort errichtet worden ist, in Wahrheit aber galt es,  
Propaganda für die Erhöhung der Getreidezölle  
zu machen. Sogar den hinreichend bekannten Prof. Dr. Kuhlmann  
hatten sich die Bauern herbeschieden. Er sprach über: „Die aus-  
ländische Konkurrenz unter besonderer Bezugnahme auf die Getreide-  
preise.“ Daß nach Kuhlmann der Getreidezoll erhöht werden muß,  
wenn die deutsche Landwirtschaft existenzfähig bleiben soll, ist klar.  
Ein Loblied wurde dem christlichen Vergarbeiterführer Vorn gelungen,  
weil er in dem „Vornnappe“ für eine Erhöhung der Getreidezölle  
eintritt. Es wurde eine lange Resolutions angenommen, in der es  
u. a. heißt:

„Die deutsche Landwirtschaft befindet sich in einer schweren  
Kritik, die hervorgerufen durch eine stets wachsende Konkurrenz  
der billiger produzierenden Importländer, noch verhärtet wird  
durch eine große Erhöhung der Arbeitslöhne und durch die in den  
letzten Jahren entstandene Preissteigerung der von den Land-  
wirten konsumierten Industrieerzeugnisse. Diese Kritik droht die  
Selbstständigkeit des Bauernstandes zu vernichten und beeinträchtigt  
die Lösung seiner idealen und volkswirtschaftlichen Aufgabe.“

Zur Ueberwindung dieser Kritik ist ein wesentlich ver-  
stärkter Zollschutz für sämtliche Zweige der  
Landwirtschaft, insbesondere für die Getreide und Milch-  
produktion unumgänglich notwendig.

Wir erwarten daher, daß in dem künftigen Politariff die Land-  
wirtschaftliche Produktion durch Einstellung eines Doppeltariffs  
mit Ausnahme fester Minimumsätze, die über die Höhe des  
jetzigen Generaltariffs hinausgehen, ausreichend und dauernd ge-  
schützt werde. In Anbetracht der Bereitwilligkeit der Landwirtschaft,  
den großen in der Industrie tätigen Bevölkerungsstellen durch In-  
dustrie-Schulden den heimischen Markt für die von ihm hergestellten  
Produkte dauernd zu sichern, in Anbetracht der sozialen Ver-  
pflichtung für Aufbesserung der Lebenshaltung auch dem landwirt-  
schaftlichen Arbeiter den den Industriearbeitern entsprechenden Lohn  
zu zahlen, darf erwartet werden, daß auch die andern Stände der  
Landwirtschaft ausreichenden Schutz nicht verweigern werden.“

In der Versammlung waren Vertreter des Badischen und des Elsaß-  
Lothringischen Bauernvereins anwesend, die auch ihren Wunschzettel  
zum besten gaben.

Nachdem die Herren sich in der Weise „angestrengt“, ging es  
zum fribelen Teil, und der wurde so weit ausgehört, daß sogar der  
Prof. Dr. Kuhlmann der „Kunst des Trinkens“ ein Hoch widmete.

Die Freiheit im Lande Goethes. Aus Weimar wird uns  
geschrieben:

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar nehmen die  
Versammlungsverbote kein Ende. Erst neulich ist im „Vorwärts“  
von den Versammlungsverboten des Eisenacher Bezirksdirektors, der  
den Reichstags-Abgeordneten Genossen Waudert verbot, über  
des Reiches Macht und Herrlichkeit zu sprechen, berichtet worden.  
Und das geschah gegen den Willen des Stadtoberhauptes von  
Eisenach. Mitte dieses Monats sollte nun der Reichstags-  
Abgeordnete Krosigk aus Hamburg auf seiner Agitations-  
tour auch einige Vorträge im III. weimariischen Wahlkreis  
halten und zwar in Mühlendammendorf, Reustadt a. O., Würgel und  
Wurgau. Während die Versammlung in Reustadt stattfand, wurden  
die Versammlungen in Würgel und Wurgau verboten.  
Das Verbot des Ortsgewaltigen von Wurgau war besonders originell;  
er verbot nämlich die Versammlung deshalb, weil sie, bevor der Ein-  
berufer die Anmeldepflicht erfüllt hatte, bereits im „Januar Volks-  
blatt“ öffentlich ausgeschrieben war. Sein Verbot schriftlich zu  
begründen, lehnte er ab. Als nun auf denselben Abend  
eine weitere Versammlung einberufen wurde, in welcher der  
freisinnige Buchdruckereibesitzer Popelins-Jena das einleitende  
Referat halten wollte, wurde auch diese Versammlung  
verboten. Dem Wirt war bei Androhung einer Geldstrafe von  
50 M. unterlagt, den Saal zu öffnen. Man mußte sich  
mit einer gemüthlichen Unterhaltung, an welcher selbst-  
verständlich Genosse Förster einen lebhaften Anteil nahm, begnügen.  
Wenn es, abgesehen von der Verhinderung an die Verwaltungs-  
instanzen, gelingen sollte, die Sache auf irgend eine Weise vor die  
ordentlichen Gerichte zu bringen, so wäre dies jedenfalls das beste  
zu einer Klarstellung der verworrenen Verhältnisse. Es würde damit  
auch neues Material beigebracht sein zu der immer dringender  
werdenden Forderung, das Vereins- und Versammlungsrecht reichs-  
gesetzlich zu regeln.

In den Landtagswahlen in Baden wird uns von dort ge-  
schrieben: Gleich seinem Vorgänger, dem vergangenen Wahl-  
minister Eisenlohr, ist nun auch Herr Schenkel in das Gedröse  
des Landtags-Wahlkampfes herniederbestiegen, um dem Volke die  
Ansichten der ministeriellen Halbgoetter zu verkündigen. Wenn ein  
Minister eine „politisch hochbedeutsame“ Rede halten will, so findet  
er immer eine Gelegenheit dazu. Diesmal entbehrt der Anlaß, den  
Herr Schenkel zu seiner Kundgebung benutzte, allerdings nicht eines  
gewissen Ionischen Weisheitsmaßes. Auf einer Dienstreife nach Wels-  
heim im Wolland zur Beschäftigung eines Wauertains für eine neue  
Irrenanstalt war es, wo der Herr Minister sein  
Regierungsprogramm entwickelte. Im wirtschaftlichen Leben  
gebe es — so führte er aus — zwei Gebiete; in dem einen herrsche  
die Industrie mit den rauhenden Schloten und dem reichen  
Gewerbe, daneben aber auch manchmal der feimenden Unzufrieden-  
heit. In andern herrsche noch die alte Wirtschaftsweise mit den  
Wiesenthälern, dem schönen Felde und den Waldungen, wo die Pri-  
jeten gebraucht werde. Allerdings sei die Landwirtschaft in



den letzten Jahren von schweren Gehirnschmerzen betroffen worden; allein der Blut diese nicht verloren werden. Der Reichstag werde sich demnach mit einer mäßigen Erhöhung der Getreidepreise befassen, damit die Getreidepreise sich heben, und auch die großherzogliche Regierung reiche der Landwirtschaft die Hand und treffe Maßnahmen zu ihren Gunsten. Die Landwirte mögen der Regierung volles Vertrauen entgegenbringen, aber sie möchten auch insbesondere auf genossenschaftlichen Wegen die Selbsthilfe unter Mitwirkung des Staates ergreifen. Den Schluß dieser ministeriellen Liebeserklärung an die Agrarier bildete eine warme Empfehlung des national-liberalen Kandidaten Meißner, der den Bezirk bisher im Landtag vertreten hatte und den nun die Bauern wieder wählen müssen, wenn sie die erwähnte Anstalt in ihre Gegend bekommen wollen. Anderwärts dürfte der Herr Minister mit seiner agrarischen Rede allerdings wenig Ehre einlegen.

Der im blinden Eifer gegen die Socialdemokratie geschlossene Wahlpakt der Karlsruher Freisinnigen mit den Nationalliberalen hat in den Reihen der ersteren zu einer heillosen Verwirrung geführt. Selbst das leitende Partei-Organ des badischen Freisinnigen, die „Neue Badische Landeszeitung“, verurteilt ihn aufs entschiedenste. Nachdem es im Prinzip die Unterstützung des Nationalliberalismus als Mittel zur Verhinderung einer liberal-konservativen Landtagsmehrheit verteidigt, da die letztere für die freirechtliche Entwicklung des badischen Staatswesens eine große Gefahr bedeuten würde, fährt das Blatt fort:

„Der Freisinn erfüllt daher nur seine Pflicht gegen die Gesamtheit, wenn er die Nationalliberalen gegenüber den Konservativen, Antisemiten und Bauernbündlern als das kleinere Übel behandelt und da, wo sich Centrum und Nationalliberale gegenüberstellen, seine Haltung von den politischen Auffassungen der beiderseitigen Kandidaten abhängig macht. Dagegen sollte er es unter allen Umständen ablehnen, auf eine Schwächung der Demokraten und Socialdemokraten hinzuwirken.“

Der Zweck des freisinnig-nationalliberalen Wahlbündnisses in Karlsruhe ist bestimmtlich die Schwächung der vereinigten Socialdemokratie und Demokratie um nicht weniger als drei Mandate.

**Keine Vermögenssteuer.** Die württembergische Kammer der Abgeordneten lehnte den Antrag der socialdemokratischen Abgeordneten auf Einführung einer Vermögenssteuer mit allen gegen 6 Stimmen ab. Hierauf wurden die Entwürfe der Regierung zur Steuerreform an die Steuerkommission überwiesen.

Auch die Demokraten haben eine Abneigung gegen gerechte Steuern! —

## Ausland.

### Frankreich.

**Der Hauptmann Biquard** hat an den Kriegsminister einen Brief gerichtet, in dem er Einspruch erhebt gegen das Avancement des Oberlieutenants der Artillerie Ducassé. Biquard, der bekanntlich zur Disposition gestellt ist, erinnert in seinem Briefe daran, daß Ducassé in der Affaire Dreyfus eine sehr zweifelhafte Rolle gespielt hat. Ducassé sei an dem verbrecherischen Manöver der Generalstabsoffiziere in hohem Maße beteiligt gewesen, wie sich gelegentlich des Prozesses Bolla herausgestellt habe. Nach Biquard war es der jetzt deforcierte Ducassé, welcher seiner Zeit dem Untersuchungsrichter Vertulus fälschlicherweise eine vollständig unbeteiligte Dame als die berühmte „verschleierte Dame“ denunzierte. Biquard fügt noch eine Reihe Einzelheiten hinzu, aus denen ersichtlich, daß Ducassé fortgesetzt die in der Dreyfus-Affaire stark kompromittierten Generale Pellieux und Gonze in ihren unsauberen Waghäusern unterhalte.

Biquard schließt: „Diese Thatsachen sind Ihnen in allen ihren Details wohlbekannt; Sie haben es trotzdem für gut befunden, daß Ducassé, der dank der Amnestie der gerichtlichen Verfolgung entgeht und der dank einer ungewöhnlichen Nachsichtigkeit selbst jedem Disziplinarverfahren entgangen ist, würdig sei eines außergewöhnlichen Avancements, das ihn in den Stand setzt, später die höchsten Stufen in der Armee zu erklimmen.“

Dieses Avancement wird von der „Petite République“ als skandalös bezeichnet; die Angelegenheit dürfte eine neue Veranlassung zu heftigen Angriffen gegen das Ministerium bilden.

### England.

**Der Lord Rosebery** wird wegen seines Manifestes von „Daily News“ als ein Nörgler bezeichnet, der sich von der Mitarbeit fernhalte. Es sei leicht mit Steinen nach denjenigen Leuten zu werfen, die im liberalen „Weinberge“ arbeiten, anstatt selbst mitzugehen. Es handele sich heute nicht mehr um die Ursachen des Krieges, nicht mehr um seinen Anfang, sondern um die Frage, wie der unglückliche Krieg am besten und ehesten zu beendigen sei. Pflicht der Liberalen sei es, für den Frieden zu wirken, für Amnestie und koloniale Selbstverwaltung nach dem Friedensschluß einzutreten.

Roseberys Rundgebung über den Zwist in der liberalen Partei hat durch einen der leitenden Politiker der liberalen Rechte, Sir Edward Grey, eine abfällige Beurteilung erfahren. In einer am 17. d. in Peterborough gehaltenen Rede bezeichnete Grey Roseberys Haltung als gefährlich. Es sei unrichtig, daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der liberalen Partei unversöhnlicher Natur seien. Die liberale Partei stehe nicht vor einer Spaltung, sondern habe vielmehr eine große Zukunft vor sich. — Von dem von Asquith auf der letzten Vereinigungskonferenz beanspruchten Recht ungeschämter Meinungsfreiheit machte Grey insofern Gebrauch, als er erklärte, daß der Krieg in Südafrika ein gerechter und sehr in humanen Formen geführt worden sei. Von einer allgemeinen Amnestie könne keine Rede sein, die Vooren dürfen niemals ihre Unabhängigkeit wiedererlangen.

### Rußland.

**Russische Pampwirtschaft.** Trodem Rußland Bulgarien unlängst einen Vorstoß gewährt und sich aus christlicher Nächstenliebe um das Zustandekommen der bulgarischen Achtzig-Millionen-Anleihe in Paris bemüht hat, laboriert es selbst an einer ähnlichen Götze in seiner Staatskasse. Wiener Meldungen behaupten, daß Rußland jetzt wieder im Begriff sei, die französische Alliance durch Aufnahme neuer bedeutender Anleihen zu frustifizieren. Und zwar werde Rußland im Herbst d. J. eine neue Anleihe im Betrage von 450 Millionen Frank mit Hilfe Frankreichs realisieren. Außerdem soll im Frühjahr 1902 noch eine weitere russische Anleihe auf den Markt geworfen werden, deren Vorvertrag bereits unterzeichnet ist. Diese außerordentlichen Geldbedürfnisse Rußlands seien einerseits aus der wirtschaftlichen Lage des Reiches und andererseits aus der Befürchtung des Petersburger Kabinetts zu erklären, daß neue Wirren in China entstehen könnten.

### Türkei.

**Konstantinopel, 18. Juli.** Der ökumenische Patriarch erhob bei der Porte energische Vorstellungen in der Angelegenheit der Schließung der Kirchen im Sandjhal-Prinzipal. Der russische Votivakter Sinowjew schloß sich diesen Vorstellungen an. Der montenegrinische Gesandte ersuchte dringend die Porte, ihre an der türkisch-montenegrinischen Grenze befindlichen Truppen zurückzuziehen.

### Spanien.

**Krawalle in Saragossa.** Nach neueren Depeschen aus Saragossa kam es dort zwischen Katholiken und Freidenkern zu einem äußerst heftigen Zusammenstoß, bei dem etwa 50 Personen verwundet worden sein sollen. Anbestürzte bewarfen die Geschäftsräume des katholischen Klattes „Noticiero“ mit Steinen, drangen dann in dieselben ein, richteten dort großen Schaden an und verwundeten den Leiter des Blattes. Die Katholiken traten mit Messern und Revolvern bewaffnet zur Prozeßion zu-

sammen. Die Behörden beschränkten sich darauf, zur Ruhe zu ermahnen und gegen die Bedrohung von Leben und Eigentum vorzugehen. —

## Afrika.

**Die Verwundung Maj Regis** ist, wie ein Telegramm aus Oran besagt, ungesährlich, obgleich die Waffe fünf Centimeter in den Rücken eingedrungen ist. Regis berichtet, sein Angreifer habe sich in Begleitung von wenigstens tausend Juden befunden, die teils mit Stöcken, teils mit Waffen und Burgeschossen versehen waren.

**Kämpfe im Kongostaat.** Wie das Antwerpener Blatt „Metropole“ aus Neu-Antwerpen im Kongostaat erfährt, haben die Indios den Truppen des Kongostaates eine schwere Niederlage beigebracht. 250 Kongoindios seien getötet worden sein. Unter den gefangenen Offizieren soll sich kein Weibchen befinden. In einem späteren Gefecht sollen die Kongoindios die Gegner in die Flucht geschlagen haben.

## Amerika.

**Argentinisch-Chilenische Reibungen.** Den „Times“ wird aus Buenos Aires vom 10. Juli gemeldet: Obgleich früher ein Einverständnis zwischen der argentinischen und chilenischen Regierung darüber herbeigeführt worden ist, beiderseits bis zur Lösung der schwebenden Kreuzfrage das Kriegsmaterial nicht zu verwenden, werden, seitdem bei der letzten Präsidentschaftswahl in Chile die weniger friedlich gestimmte Partei gestiegen ist, doch Anstrengungen gemacht, die Regierung zur Erwerbung eines neuen Schlachtschiffes und zweier großer Kreuzer zu bewegen. Sollten diese Vorhaben erfolgreich sein, wird Argentinien sofort für eine gleiche Vermehrung der Flotte Sorge tragen.

## Socialpolitik in Australien.

Am sehr selten beschäftigt sich bei uns die Presse mit der außerordentlich lebhaften und weitvorgeführten socialpolitischen Bewegung der englischen Kolonien in Australien; und doch ist alles, was man darüber, sei es von freundlicher oder feindsichtiger Seite, hört, außerordentlich interessant und voller Beziehungen zu den Problemen, welche die Arbeitermassen auch auf dem europäischen Kontinent bewegen. Herr Leroy-Beaulieu, der bekannte, noch heute auf das rücksichtsloseste Mandarientum eingeschworene französische Nationalökonom, hat — natürlich mit polemischer Tendenz gegen die neuerlich in Frankreich angestrebten socialen Verbesserungen — unlängst wieder im „Economiste français“ ein Schreckbild von der socialistischen Gefahr in Australien entworfen. Er ist ein guter Kenner der Verhältnisse, hat sie seiner Zeit an Ort und Stelle studiert und in Vorform geschilbert. Wir halten uns im Folgenden an die gedrängte, ganz und gar nicht schreckhafte Thatsachen-Übersicht, die er giebt.

In den mancherlei früheren arbeiterfremdlichen Maßnahmen der australischen Staaten ist in den letzten Jahren noch die Institution obligatorischer Schiedsgerichte, eine weitgehende Altersversorgung und die gesetzliche Festlegung von Minimallohnen gekommen.

Die erste Einführung der obligatorischen Schiedsgerichte in der Kolonie New South Wales, die mit der Kolonie Victoria zusammen an der Spitze der Bewegung steht, datiert zwar schon vom Jahre 1894, aber das Gesetz ist in den beiden folgenden Jahren und zuletzt im Jahre 1898 noch amendiert. Es bestimmt, daß in jedem Distrikt des Staats ein „Einigungs-Komitee“ aus Unternehmern und Arbeitern zu wählen sei, an welches jede Unternehmervereinigung und jeder Gewerkschaftsverein bei Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis entspringen, sich zu wenden hat. Die Gegenpartei darf die Verhandlung nicht ablehnen. Die Appellationsinstanz ist die „Einigungs-Kammer“, präsiert von einem Mitglied des höchsten Gerichtshofs. Die von dieser Kammer getroffenen Entscheidungen haben für die Parteien bindende Kraft. Ein Zuwiderhandeln zieht Geldstrafen bis zu 12500 Frank nach sich. Ferner genießen dort die Gewerkschaften staatlichen Schutz. Das Gesetz, so berichtet ein amerikanischer Konsul an seine Regierung, legt Geldstrafen und im Wiederholungsfall schwerere Strafen für den Fall fest, daß der Unternehmer, während ein Angebot gewerkschaftlich organisierter Arbeiter vorhanden ist, Unorganisierte einstellt. Das geht bis zur Härte. Auch der unverheiratete junge Gewerkschaftler hat bei der Bewerbung vor dem nicht organisierten Familienkater ein gesetzlich garantiertes Vorkaufsrecht.

Die in derselben Kolonie neuerdings eingeführte Altersversorgung ist, an dem kümmerlichen Maßstab unserer deutschen Altersrenten gemessen, reichlich. Jede Person, die das Alter von 65 Jahren überschritten hat, seit mindestens 25 Jahren in New South Wales wohnt und nicht in ehrenrühriger Weise bestraft ist, hat annähernd einen gesetzlichen Anspruch auf eine jährliche Pension von 450 Fr. d. h. 300 M. Vorausgesetzt ist dabei, daß der Pensionsempfänger, wofür er überhaupt noch arbeitsfähig, nicht über 850 Fr. im Jahr verdient. In dem Maße als er mehr als diese Summe erwirbt, fällt die Pension, um bei einem Einkommen von 1300 Fr. überhaupt aufzuhören. Die einschränkende Bedingung, daß die Pensionsempfänger 25 Jahre im Land gelebt haben müssen, hat in Wirklichkeit keine allzu große Bedeutung. So bezogen von der Gesamtzahl aller Ueberseesiedler im März des Vorjahres 50 Proz., von den altgedienten und somit ausschließlich berechtigten alten Leuten 53 Proz. die Altersrente, ein Zeichen, wie sehr in dieser Altersklasse die alleingewesenen Elemente vorwiegen. Die Gesamtzahl der Pensionierten belief sich im selben Monat bei den vielleicht 700 000—800 000 Einwohnern, die New South Wales jetzt haben mag, auf 11 629. Davon bezogen 9756 die volle, und nur 1629 Personen eine ihrem Erwerbseinkommen entsprechend reduzierte Rente.

Dem Vorgang New South Wales sind andre der australischen Staaten schnell gefolgt. In Sydney, der Hauptstadt von New South Wales, wurde im Vorjahre vom Parlament ein Gesetz votiert, das jedem Ueberseesiedler ab 65 Jahren, der weniger als 650 Fr. im Jahr verdient, eine Pension von 650 Fr., das heißt von 620 M. zuerkennt. Bei höherem Arbeitseinkommen wird ebenso wie in New South Wales eine entsprechend geringere Rente ausgezahlt, bis bei einem Einkommen von 1300 Fr. der Rentenanspruch völlig erlischt. Für Ehegatten, die beide über 65 Jahre alt sind, reduziert sich die auf jeden Part entfallende Rente auf je 480 Fr. Die Zahl der Rentenberechtigten in der Kolonie wird auf über 22 500, der Betrag der Ausgaben, der sich aber in einigen Jahren beträchtlich steigern dürfte, auf 13 Mill. Frank geschätzt.

Wird, wie es wahrscheinlich ist, die Föderation der australischen Staaten in nächster Zeit perfekt, so ist zu erwarten, daß die Institution der Altersversorgung auf den ganzen Bund, mit seinen 4 550 000 Bürgern ausgedehnt wird, was natürlich ohne ein beträchtliches Mehr an Steuern — Leroy-Beaulieu schätzt das Plus auf jährlich 15 bis 18 Fr. pro Kopf der Bevölkerung — nicht durchführbar ist.

Noch bedeutsamer erscheint die Regulierung der Arbeitszeit und die Fiktion von Minimallohnen. Schon lange ist in New South Wales und in den meisten andern australischen Staaten die

Arbeitszeit der Frauen und der jungen Leute bis zu 17 Jahren auf 48 Stunden in der Woche im Höchstmaß festgelegt. Außer dem freien Sonntag haben sie noch in der Woche auf einen Halbfeiertag ohne Lohnabzug einen gesetzlich garantierten Anspruch; ebenso auch die Handlungsgehilfen und Ladenknechte. Neuerdings ist, um dem außerordentlichen Schwelchsystem einen wirksamen Diegel vorzuschieben, in Victoria und New South Wales die Hausarbeit gesetzlich beschränkt und ferner in verschiedenen Branchen ein Minimallohn festgelegt. Auch diese Minimallohne sind nach europäischen Maßstäben zum Teil außerordentlich hoch. In der Konfektion betragen sie für Männerarbeit täglich 9 Frank 35 Centimes (1 Fr. = 80 Pf., 10 C. = 8 Pf.), für Frauenarbeit täglich 4 Fr. 14 C., oder 40 C. pro Stunde; in der Seilerlei 7 Fr. 60 C. für Männerarbeit täglich und 25 Fr. wöchentlich für Frauen; in der Bäckerei 1,25 Fr. für die Stunde Männerarbeit; in der Tischlerei 1,25 Fr. für die Stunde Männerarbeit und 25 Fr. wöchentlich für die Frauen. Und man denkt das System dieser Minimallohn-Regierungen auf weitere Branchen auszudehnen. Außerdem ist in Victoria ebenso wie in New South Wales ein tägliches Minimum von 8,25 Fr. für alle vom Staate beschäftigten Arbeiter festgelegt, was um so mehr bedeuten will, als das ganze Eisenbahnwesen in den Händen des Staates liegt.

Daß eine so tief einschneidende Politik nicht ohne heftige Interessenkämpfe und wirtschaftliche Reibungen durchgeführt und aufrecht erhalten werden kann, ist selbstverständlich. Die Unternehmer, welche die hohen Löhne zahlen sollen, sehen, wie es heißt, alle irgendwo minderwertigen Arbeitskräfte auf das Pflaster und in einer oder in zweien der geschäftlichen Industrien sollen auch direkte Betriebsbeschränkungen vorgenommen sein. Die Landwirte und Viehzüchter beklagen sich, daß sie für die notwendigen Reklamationsarbeiten nicht genügend Arbeitskräfte erhalten, da die Tagelöhner massenhaft nach der Stadt abwandern, um im Eisenbahnbetrieb oder bei andern staatlichen Unternehmen den höheren, gesetzlich garantierten Minimallohn zu beziehen. Ein australischer Korrespondent des englischen „Economist“ fährt darüber bewegliche Klage. Die privaten Unternehmen seien unzulänglich, und neben einer gut gestellten Arbeiteraristokratie in Melbourne (New South Wales), welche von den hohen Minimallohnen profitiere, schleppe sich eine immer wachsende Menge im größten Elend und arbeitslos hin.

Es ist so möglich, daß das staatliche Eingreifen hier und da Rückschläge erzeugt hat, unter denen die schwächeren Arbeitskräfte — wenigstens zeitweise — zu leiden haben. Wer wenn die Bewegung dort keinen zünftigen Beruf, sondern einen auf das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft gerichteten Klassencharakter trägt, so werden sich Mittel und Wege finden, solche Unbillen wieder auszugleichen. Vielleicht, daß diese Staaten, wie sie in so vielen Stücken vorangegangen sind, auch als die ersten eine umfassende Arbeitslosen-Versicherung einführen, die der größten Bedrängnis fiert. — Wie sehr immer die allgemeinen Lebensverhältnisse dieser weitestgehend landwirtschaftlichen und viehzüchtenden Kolonien mit ihrem dünnbesetzten und vielfach noch freien Boden (im Jahre 1891 entfiel auf je zwei Quadratkilometer australischen Bodens durchschnittlich noch nicht 1 Einwohner) von denen, des dichtbevölkerten industriellen Europa differieren, jedenfalls zeigt ihre Politik, daß die Grenzen, die der Arbeiterschaft im kapitalistischen System gesetzt sind, zwar eng, doch einigermaßen elastischer Natur sind. Nur der Macht des organisierten Proletariats bedarf es, diese Elastizitäten gründlich auszunutzen. Und je mehr diese Möglichkeiten ausgenutzt werden, desto klarer wird auch dann die Einsicht wieder in die unübersteigbaren Schranken des kapitalistischen Systems, aus dessen niederhaltendem Zwang nur der Socialismus herauszuführen vermag.

## Partei-Nachrichten.

**Intenue der Partei.** In München stand der Parteigenosse Eduard Zinsmeister, der sich sowohl um die Partei als auch durch Begründung des Verbandes der Handelskassensarbeiter in München um die Gewerkschaftsbewegung große Verdienste erworben hat.

Die Partei in Dortmund verlor ein eifriges und strebames Mitglied durch den Tod des noch jungen Genossen Reinhold Lehmann, der als Opfer eines gräßlichen Unglücks den Tod fand. Er stürzte schlaftrunken aus dem Fenster seines Schlafzimmers 10 Meter hoch auf Pflaster herab und war sofort tot. Auch er war sowohl politisch wie gewerkschaftlich sehr thätig.

## Politikalisches, Gerichtliches usw.

— **Die Socialdemokratie ist großer Unzuf.** Diese Konsequenz aus der vielerorts beliebten Socialistenbekämpfungsmethode zog mit lähmem Muthe das Schöffengericht in Gräfenthal. Der Genosse Guido Müller, Glasbläser in Lauta, hatte im Frühjahr d. J. am Schluß einer öffentlichen Versammlung ein Hoch auf die Socialdemokratie ausgebracht. Dadurch schickten sich der Gendarm, der Schultheiß, sowie zwei in der Anklageschrift benannte Kaufleute, in ihren patriotischen Gefühlen gekränkt, Müller ermittelte deshalb vom Ortsrichter eine Strafverurteilung über 10 M. wegen Beugung groben Unfugs und das Schöffengericht in Gräfenthal erhöhte auf eingelegte Verurteilung die Strafe auf 20 Mark oder 14 Tage Gefängnis. Das Schöffengericht erklärte, daß jede socialdemokratische Demonstration, auch wenn dieselbe sich vollständig ordnungsgemäß vollziehe, ein großer Unfug sei! Bei diesem salomonischen Urteil sprachen beruhigte sich Müller jedoch nicht, sondern ging mit seiner weiteren Verurteilung an die Strafkammer und diese sprach den Angeklagten 6 Wochen frei, indem sie in ihrem Urteil vernunftgemäß ausführt, daß Jemand, der freiwillig in eine socialdemokratische Versammlung gehe und dort, ohne in seinen patriotischen Gefühlen verletzt zu werden, eine zweifelhafte socialdemokratische Rede anhört, sich unmöglich aufregen könne, wenn am Schluß der Versammlung ein Hoch auf die Socialdemokratie ausgebracht werde.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Textilarbeiter, geht nicht nach Dänemark!

Der Verband dänischer Textilarbeiter hat alle zwischen ihm und unsrem (dem unterzeichneten) Verbands über Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehenden Verträge zum 1. Januar 1902 gekündigt. Unsere Fabrikanten wollen also mitten im Winter mit einer Kraftprobe versuchen, nachdem wir schon bis jetzt über ein Jahr lang mit beschränkter Arbeitszeit gearbeitet haben. Ihre Absicht, unsre schon so geringen Löhne herabzusetzen, ist deutlich erkennbar, denn sie jammern stets über die „ausländische Konkurrenz“. Wir bitten deshalb unsre deutschen Fachgenossen und Genossinnen, sich dieses Jahr hindurch von Dänemark streng fernzuhalten. Wir werden Euch mit den Vornehmungen der Fabrikanten stets bekannt machen.

Für den Textilarbeiterverband Dänemarks: J. J. Müller, Vorsitzender; Kopenhagen N., Guldbergsgade 3.

### Deutsches Reich.

Zum Generalsekretär der Flaschenmacher meldet Wolffs Telegraphenbureau aus Hannover vom 18. Juli:

Die heute hier tagende Versammlung der Vereinigung deutscher Flaschenfabriken sah einstimmig folgenden Beschluß: Die Versammlung beschließt, jedes Eingehen auf die jetzigen Forderungen



der Glasmacher abzulehnen. Die antretenden Mitglieder verpflichten sich, in diesem der Gesamtheit aufgedrungenen Kampfe zusammenzutreten und in allen Angelegenheiten dieses Ausstandes gemeinsam zu handeln.

**Ueber die Beendigung des Cunevalder Weberstreiks** schreibt das Gewerkschaftsblatt „Der Textilarbeiter“:

Am Sonntag fanden die Verhandlungen statt. Von 1/21 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends wurde gesehelt und gehandelt. Endlich war abends der Vergleich, der im wesentlichen auf Kalaucher Grundlagem beruht, abgeschlossen und wurde in einer sofort einberufenen Versammlung gutgeheißen und von den Streikenden einstimmig angenommen. Die Arbeitsaufnahme erfolgt gruppenweise in den nächsten zwei Wochen. Aus technischen Gründen ist eine andre Arbeitsaufnahme nicht möglich. Die Einstellung der Streikenden hat am Dienstag begonnen. Wir erwarten, daß die Kollegen daran denken, daß erst nach vier Wochen die meisten Streikenden wieder Geld in die Hände bekommen, und uns vor dem äußersten bewahren. Die Bedeutung des Kampfes, der die ganze Lausitz in Rebellion und dem II. sächsischen Reichstagswahlkreis allein 1600 organisierte Arbeiter brachte, zu würdigen, behalten wir uns vor, nachdem völliger Frieden eingetreten. Nur eins sei heute gesagt: Die Erfolge — direkte und indirekte — wiegen die gebrachten Opfer hundertfach auf.

Die Hochburg der Reaktion der Lausitz ist gestürzt. Die schlafenden Weber sind erwacht, wir werden dafür sorgen, daß sie nie wieder einschlafen.

Was wills besagen, wenn die Streikenden 3 oder 5 Proz. Lohn-einbuße haben, nachdem sie bis 13 Proz. zuzuschlagen und nun organisierte Massenbewußte Arbeiter sind.

Die Weber sind die Sieger geblieben, trotz alledem und alledem! Darüber ist jeder klar, allen voran die Fabrikanten. Die Streikenden werden nicht vergessen, welche Aufgabe ihrer nun harrt: Die Organisation ausbauen und hochhalten!

**Gefangene als Maurer.** In Hannover wird, wie wir unserm dortigen Parteiorgan entnehmen, ein Vergrößerungsbaue des Landgerichtsgefängnisses errichtet, und zwar wird die Maurerarbeit durch Gefangene ausgeführt. Eine Kommission vom christlichen Maurerverband ist in dieser Angelegenheit bei dem zuständigen Regierungsbeamten vorstellig geworden und hat demselben begründlich zu machen gesucht, daß doch namentlich in Hinsicht auf den gegenwärtigen schlechten Geschäftszustand erwartet werden müsse, daß die betreffenden Arbeiter von den steuerzahlenden freien Maurern ausgeführt würden. Das Gesuch der Kommission wurde von dem betreffenden Beamten abschlägig beschieden, dagegen richtete er an die christlichen Maurer die Frage, ob sie ihm nicht zur Leitung der Arbeiten einen kräftigen, energischen Polier nachweisen könnten, der die mauernden Gefangenen „beaufsichtigt“. Die Kommission ging natürlich auf ein derartiges Ansuchen nicht ein. Wie es nun heißt, werden die Bauarbeiten durch einen Polier beaufsichtigt, dem diese Tätigkeit auf eine gegen ihn erkannte längere Freiheitsstrafe angerechnet wird. Somit sind also nicht nur die Maurer, sondern auch der Polier Gefangene, durch deren Arbeiten den beschäftigungslos herumlaufenden freien Arbeitern eine nicht zu billige Konkurrenz gemacht wird, und zwar, wie in der Kommission der christlichen Maurer gesagt wurde, nicht etwa auf Betreiben einer untergeordneten Stelle, sondern auf Grund einer Ministerialverfügung.

#### Rußland.

##### Die Streiks in Frankreich im Jahre 1900.

Das französische Handelsministerium veröffentlicht soeben eine Statistik der Streiks, die ihm im Jahre 1900 gemeldet worden sind. Danach haben im Jahre 1900: 902 Streiks, bei denen 222 714 Personen beteiligt waren, stattgefunden; davon waren 180 891 Männer, 29 753 Frauen und 12 870 jugendliche Personen. Diese Streiks erstreckten sich auf 10 233 Betriebe und dauerten insgesamt 3 700 577 Tage.

Im Jahre 1899 fanden 740 Streiks statt, bei denen 176 826 Personen insgesamt 3 550 784 Tage streikten. Die Streiks von 1900 verteilten sich auf die verschiedenen Industrien wie folgt: Textil-Industrie: 238 Streiks mit 49 418 Personen; Bau-Industrie: 130 Streiks mit 13 540 Streikenden; Transportgewerbe: 128 Streiks mit 47 125 Personen; Metall-Industrie: 109 Streiks mit 18 304 Personen; Bergbau: 41 Streiks mit 41 927 Personen.

Weniger als 25 Proz. der Streiks, nämlich 205 mit 24 216 Personen sind für die Streikenden erfolgreich gewesen; 360 Streiks mit 140 358 Personen haben durch Vergleich geendet und 337 Streiks mit 58 140 Personen haben für die Streikenden mit einer Niederlage geendet; 631 Streiks erstreckten sich nur auf je 1 Betrieb, 91 auf zwei bis fünf, 53 auf sechs bis zehn, 73 auf 11—25, 31 auf 26—50, 15 auf 51—100 und 8 auf mehr als 100 Betriebe. 579 von den 902 Streiks haben eine Woche oder weniger gedauert; davon 118 ein bis zwei Tage und 162 haben nur einen Tag oder weniger gedauert; 8 Streiks dauerten länger als 100 Tage.

Was die Ursachen der Streiks anlangt, so sind 580 (69 Proz.) mit 178 857 Streikenden (80,7 Proz.) unternommen worden, um eine Erhöhung des Lohns durchzusetzen. Wegen Herabsetzung des Lohns wurden 66 Streiks mit 13 146 Personen verursacht.

63 der Streiks hatten insgesamt 422 Verurteilungen von Streikenden zur Folge. — Die Anwendung des Gesetzes vom 27. Dezember 1892 betreffend das Einigungs- und Schiedsgerichts-Verfahren hat im Laufe des Jahres 1900 in 234 Fällen stattgefunden; die Zahl der Streiks betrug 902; demnach hat das Schiedsgerichts-Verfahren in 26 Proz. der Konflikte Anwendung gefunden. In 141 Fällen waren es die Arbeiter, in 6 die Unternehmer und in 8 die Unternehmer und die Arbeiter, welche die Anwendung des Einigungsverfahrens verlangten.

Die Zunahme der Streiks in den letzten Jahren wird seitens der Unternehmer vielfach zurückgeführt auf die Ministerialhaft Millerands, der angeblich die Arbeiter zum Streik veranlaßt. Die Veröffentlichungen des statistischen Bureaus, die sich auf die ersten Monate dieses Jahres beziehen, stützen dieser plumpen Anschuldigung wenig. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß gegenüber dem Vorjahre die Zahl der Konflikte in diesem Jahre stark gesunken ist. Während im Jahre 1900 durchschnittlich 70 bis 80 Streiks auf den Monat kamen, sind in den Monaten Februar, März, April, Mai 1901 nur 44 beziehentlich 42, 46 und 57 Konflikte zu verzeichnen gewesen. Die größere Streikbewegung von 1898 bis 1900 ist eben lediglich auch in Frankreich so gut wie in allen andern Industriestaaten durch die gute Konjunktur hervorgerufen worden.

**Zum Stahlarbeiterstreik in Amerika** liegen folgende Meldungen vor:

Herr Schaffer, Präsident des amalgamierten Verbandes der Eisen- und Stahl-Arbeiter, erklärte, der Streik gegen den Stahl-Tarif wachse zu solcher Ausdehnung, daß selbst die Führer des Verbandes darüber erstaunt seien. In den nicht zum Verbande gehörigen Werkstätten bewerkten sich Tausende von Nichtverwandten um Aufnahme in den Verband. — Nach einem Telegramm des „Morning Leader“ aus New York sind jetzt 270 Stahl-Betriebe geschlossen und 74 000 Stahlarbeiter streiken. Der New Yorker Korrespondent der „Times“ giebt folgende Zahlen an: Von den 370 Werken der amerikanischen Stahlblech-Gesellschaft sind alle bis auf eines geschlossen und von 7200 gelehrten Arbeitern streiken 6006. Die amerikanische Stahlblech-Gesellschaft hat 106 Werke mit 7470 gelehrten Arbeitern; davon sind 50 Werke mit 2250 Mann noch im Gange. Von den Werken der amerikanischen Stahlblech-Gesellschaft sind alle bis auf eines geschlossen und von 7000 gelehrten Arbeitern arbeiten nur noch 250.

Dem „Morning Leader“ zufolge sind die Streikenden in bester Stimmung. Die in der Nähe von Pittsburg haben Sommerlager am Monongahela- und Youghiogony-Flüsse organisiert. Andere begeben sich zur Ausstellung nach Buffalo und mehr noch in die Seebäder. Sie haben reichlich Fonds.

Dem „Daily Chronicle“ wird aus New York berichtet, daß schon dringende Nachfragen nach Stahlblech vorhanden ist, aber der größte Bedarf besteht für Zinnblech. Innerhalb einer Woche wird alles Zinnblech aus den Händen der Fabrikanten in die Hände der Spekulanten und Konsumenten gelangt sein. Die Erzeugung von Stahlblech ist um 88 Prozent vergrößert. Wenn der Streik andauert, wird der Süden darunter leiden, weil Stahlblech zur Verpackung der Baumwolle gebraucht werden. Die Erzeugung von Stahlblech ist um 52 Proz. vergrößert.

**Noch ein großer Streik in Amerika.** Eine Depesche aus Wilesbarre (Pennsylvanien) meldet: Die Heizer in den hiesigen Vergewerkschaften legten die Arbeit nieder. Die meisten Minen sind gezwungen zu feiern. Die Zahl der dadurch Arbeitslosen wird auf 43 000 geschätzt.

**Die Barbier- und Friseurgehilfen von Paris** befinden sich zur Zeit in einer Bewegung zur Erreichung des Achtuhr-Beschäftigungsschlusses. Ferner fordern sie, daß die Geschäfte an den Sonntagen um 5 Uhr nachmittags geschlossen werden. Ein Teil der Selbständigen unterstützt die Forderungen der Gehilfen.

**Die Zündholzarbeiter von Aiz (Frankreich)** sind in den Streik eingetreten. Sie arbeiten seit geraumer Zeit nur 7 bis 8 Stunden, wodurch ihr Lohn sehr zurückgegangen ist. Außerdem beschwerten sich die Arbeiter, daß der Direktor das Reglement, welches vom Minister aufgestellt ist und welches besagt, daß die Arbeiten nach Fähigkeit und Anciennität verteilt werden sollen, gebrochen habe.

#### Sociales.

**Der Arbeiterschutz im Gastwirtsgerwebe,** wie er durch eine auf Grund des § 120a zu erlassende Bundesrats-Verordnung herbeigeführt werden soll, erstreckt sich belamlich nur auf einen Teil des Personals. Nach dem Entwurf der Bundesrats-Verordnung sollen die Arbeitsbedingungen nur der Kellner, Kellnerinnen, der Köche, Kammerjungen und der Lehrlinge geregelt werden. Das ganze Hilfspersonal als Hausdiener, Zimmermädchen, Küchenmädchen usw. soll von den Wohlthaten der Reform ausgeschlossen bleiben. Die Zahl der Personen, welche so von der Reform profitieren würden, dürfte etwa 70000 betragen, während die Zahl der Hilfspersonen, welche vom Gesetz unberücksichtigt bleiben, 158 000 beträgt. Die Vereine der Hotelkellner haben sich deshalb mit einer Petition an den Reichstag und an den Bundesrat gewandt, in welcher sie die Ausdehnung der Verordnung bezüglich des Gesetzes betreffend die Regelung der Arbeitszeit im Gastwirtsgerwebe auf das gesamte Hilfspersonal verlangen. Die Petenten richten das Ersuchen an die gesetzgebenden Körperschaften, ihre Vereine vor Erlass der Verordnung resp. des Gesetzes zu hören.

#### Aus der Frauenbewegung.

**Der Verein der Schöneberger Frauen und Mädchen** hielt am 17. d. M. seine Generalversammlung in Obli's Festsaal ab, in welcher der Vorstand seinen Jahresbericht erstattete. Die Mitgliederzahl beträgt momentan 97 Personen. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 159,77 M., eine Ausgabe von 101,82 M., somit einen Bestand von 57,95 M. Die Versammlung erteilte einstimmig der Kassiererin Decharge. Es fanden im ersten Jahre der Tätigkeit des Vereins 14 Versammlungen statt, welche zumeist regen Besuch aufwiesen. In denselben wurden zahlreiche wissenschaftliche Vorträge gehalten. Bei der Vorstandswahl wurden unter einstimmiger Annahme der Versammlung als 1. Vorsitzende Frau Dämmel, 2. Vorsitzende Frau Borsdorf, 1. Kassiererin Frau Siebler, 2. Kassiererin Frau Grunwald, Schriftführerin Frä. Otagow, als Beisitzerin Frau Proderel und Frau Lehner gewählt. Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, daß Sonntag, den 21. Juli, ein Ausflug nach Gieskamp unternommen werden soll. Der Treffpunkt ist Schöneberg, Apostel Paulus Kirche um 1/20—0 Uhr. Für diejenigen, die diese Zeit nicht innehalten können, ist der Treffpunkt im Restaurant in Gieskamp von 2—4 Uhr. Gäste sind willkommen. Nach einigen Auseinandersetzungen betreffs des Vergnügens erfolgte Schluß der Versammlung.

**Die Dienstmädchen Cincinnati** haben einen Verein begründet, dessen wichtigsten Forderungen die folgenden sind: Der Verein hat den Zweck, die Lage der Dienstmädchen zu verbessern. Das Wort „Dienstbote“ soll abgeschafft werden, und nur die speziellen Bezeichnungen wie Köchin, Kammerjunge zc. sollen bleiben. Klante oder Stellungslose Dienstmädchen werden unterstützt. Die Mitglieder verpflichten sich: 1. nur jene Arbeiten zu besorgen, für die man sie aufgenommen hat. Wer diese Forderung übertritt, wird das erste Mal gewarnt, das zweite Mal mit einer Geldstrafe von einem Dollar belegt, das dritte Mal aus dem Vereine ausgeschlossen. 2. bevor sie einen Platz annehmen, das Dienstbotenzimmer zu besichtigen. 3. keinen überflüssigen Fragen des Dienstherrn bei der Aufnahme Rede zu stehen. 4. keine unberechtigten Forderungen zu stellen und keine unwahren Gründe bei außerordentlichen Ausgängen und Abmündigungen anzugeben. 5. zu verlangen, daß sie Besuche empfangen dürfen, denn jedes Mädchen ist berechtigt, einen Geliebten zu halten, wie sollte sie sonst wohl heiraten? und sie ist es ihrer Selbstachtung schuldig, ihn nicht an der Strafnackte zu treffen. 6. rein und nett bei der Arbeit zu sein (wenn der Verein kräftiger ist, wird er darauf bestehen, daß es auch die Dienstherrin seien). 7. auf gute Kost und Ruhe bei den Mahlzeiten zu bestehen; ebenso auch Zeit zum Waschen. 8. nicht für weniger als 2 Dollars 50 Centis wöchentlich zu arbeiten und keine alten Kleider als Lohn zu nehmen. 9. in keinem Hause zu dienen, wo die Hausfrau ihre Privatverhältnisse bellastet oder ohne ihr Wissen ihr Zimmer betritt, um ihre Sachen zu durchstöbern.

#### Versammlungen.

**Der sozialdemokratische Wahlverein von Nieder-Schönwerde** hielt am 18. Juli seine Generalversammlung ab. Außer den Berichten des Vorstandes und des Kassierers stand die Wahl des ersten Vorsitzenden sowie eines Revisors und Lokalkommissions-Mitgliedes auf der Tagesordnung.

Als erster Vorsitzender wurde Christian Hofmann und als Revisor sowie als Lokalkommissions-Mitglied August Gräß gewählt. Bericht von der Generalversammlung und der letzten kombinierten Vorstandssitzung des Central-Wahlvereins gab Genosse H. Krone. Er forderte im Anschluß hieran alle Nichtpreußen auf, sich naturalisieren zu lassen, um später wahlberechtigt zu sein.

#### Der Boeren-Krieg.

##### Englisches Zeugnis für die Humanität der Boeren.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus Pretoria vom 16. Juli gemeldet: Die Nachrichten über die von den Boeren bei Klaffontein begangenen Grausamkeiten haben sich als ungedrückt herausgestellt. Die Boeren haben während des Krieges mit wenigen Ausnahmen immer human und großmütig gehandelt.

##### Angewählte Kampfmüdigkeit

Der Boeren berichtet eine Meldung aus Johannesburg. Es herrscht augenblicklich Ruhe in dem Distrikte von Potchefstroom, wo sich z. B. nicht mehr als 500 Boeren befinden, welche nicht die geringste Kampfmüdigkeit zeigen. Zahlreiche englische Kolonnen durchziehen das Dreieck von Clarksdorp, Potchefstroom und Bendersdorp. Die Verbindungen zwischen Bendersdorp, Lydenburg und Wafeking sind hergestellt. Der letztere Ort bildet augenblicklich die Operationsbasis Lord Methuens. Im Konzentrationslager von Potchefstroom befinden sich augenblicklich 7400 Boeren.

Diese Meldung trägt wieder ganz den Charakter der Verschwindungsmeierei. Für den Stand des Kriegs besagt sie gar nichts. Denn erstens umfaßt das von den drei genannten Städten gebildete Dreieck nur einen winzigen Teil Südwest-Transvaals, und zweitens beweist der Umstand, daß die im Distrikt befindlichen Boeren einem Kampf mit den überlegenen englischen Streitkräften im Augenblick aus dem Wege gehen, gar nichts für deren Kriegsmüdigkeit. Erst wenn die Engländer die 500 Boeren zur Uebergabe gezwungen haben würden, könnten sie sich eines realen Erfolges rühmen.

##### Gefallene Boerenführer.

General Kitchener meldet vom 17. Juli aus Glandsfontein: Bei Kämpfen in der Oranjesburg-Kolonie sind Karl Botha, der Sohn Philipp Bothas, der Lieutenant Thomas Humun und der Feldkornet Oliver gefallen.

#### Ueber die Mission des Sühne-Prinzen

erhielt der Mitarbeiter eines Berliner Blattes bei einem Interview mit einem Mitglied der Berliner chinesischen Gesandtschaft allerlei Mitteilungen. Danach wird Prinz Tschun voraussichtlich 6—8 Wochen in Berlin verweilen, um eingehend Kenntnis zu nehmen von der europäischen Kultur, um sich durch eignen Augenschein von den Vorzügen, deren die europäische Zivilisation so viele aufzuweisen hat, zu überzeugen. Das chinesische Gesandtschaftsmitglied hat mit dieser Aeußerung den Interviewer jedenfalls ein wenig irritiert. Um den Geist der europäischen „Civilisation“, die der Sühneprinz bei diesem Berliner Aufenthalt zu studieren Gelegenheit haben wird, würdigen zu können, brauchte er nicht erst nach Europa zu kommen: die zivilisatorische Tätigkeit der Abstrakturen, die Europas überflüssige Höllichkeit zu herguckend abstreifen, redet dazu eine viel zu deutliche Sprache. Auch die malerischen Effekte der Kaiserparade, der Prinz Tschun nach den Mitteilungen des chinesischen Diplomaten bewohnen soll, werden ihm die Ueberlegenheit des europäischen Militarismus nicht eindrucklicher beweisen können, als die blutgedüngten Schlachtfelder und eingescherten Dörfer und Städte seiner Heimat.

Die Erörterung handelspolitischer Fragen sei nicht vorgelesen, was nicht ausschließt, daß derauige Dinge dennoch zur Besprechung gelangen. Als ob diese Fragen nicht der internationalen Vereinbarung unterlägen!

Auf die Frage, ob der Prinz nach Absolvierung seiner Sühne-Mission auch noch andere Hauptstädte besuchen werde, erklärte das Gesandtschaftsmitglied, daß der Besuch von Paris nicht ausgeschlossen, der von London wahrscheinlich sein werde. Der Prinz hat in diesem Fall also Gelegenheit, die Eisenbahnen in den verschiedenen Rabinette noch genauer lernen zu lernen, als ihm das bereits in China bei Verfolgung der internationalen Verhandlungen möglich war.

##### Die Uneinigkeit in der Entschädigungsfrage

wird durch einen Londoner Bericht des nämlichen Blattes bestätigt. Der Gegensatz zwischen Rußland und England besteht danach hauptsächlich in der Form, wie wir es gestern annahmen. Rußland befristet eine Erhöhung der Seegölle auf 10 Proz., während England gegen diese Forderung im Interesse seines China-Imports auf das entschiedenste protestiert. Die übrigen Mächte verhielten sich indifferent. Demnach wären die Verhandlungen also wirklich auf dem toten Punkt angelangt.

##### Auflösung der deutschen Marine-Expedition.

Durch Kabinettsorder vom 13. Juli d. J. ist bestimmt worden: 1. Die Truppenteile des ostasiatischen Expeditionscorps der Marine treten mit ihrer Heimreise in den Befehlsbereich der Inspektion der Marine-Infanterie. 2. Das 1. und 2. Seebataillon sind mit dem Eintreffen in der Heimat demobil zu machen unter gleichzeitiger Auflösung des 1. und 2. Ersatz-Seebataillons. 3. Mit demselben Zeitpunkt sind die übrigen Formationen des genannten Expeditionscorps aufzulösen.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

##### Merikal-socialistischer Zusammenschluß in der belgischen Kammer.

Brüssel, 18. Juli. (W. Z. V.) In der Kammer kam es in der heutigen Nachmittags-Sitzung zu heftigen Szenen und tumultuarischen Ausbrüchen. Der Merikale Abgeordnete Verhaegen verglich in seiner Rede die christliche und die rationalistische Moral miteinander und citierte dabei Stellen aus dem Heiligen eines rationalistischen Blattes, dessen Mitarbeiter mehrere belgische Sozialistenführer sind. Diese verließen ihre Sitze und beschimpften Verhaegen, indem sie ihn einen „Blenden“ und einen „Fetters“ nannten. Der Abgeordnete Demblon erging sich in argen Beschimpfungen gegen König Leopold. Verhaegen machte die Sozialisten für die in dem rationalistischen Blatte enthaltenen Unfuglichkeiten verantwortlich, worauf sich ein neuer Tumult erhob, in dessen Verlauf der Redner mit Papierballen beworfen wurde. Die Sozialisten, welche eine drohende Haltung annahmen, versammelten sich vor der Rednertribüne. Nachdem der Abgeordnete Demblon sich abermals in groben Schimpfworten auf den König ergangen hatte, sah sich der Präsident genötigt, die Sitzung aufzugeben. In den Wandelgängen der Kammer herrschte über diese Vorgänge große Aufregung. Man versichert, daß die Sozialisten den heutigen Angriff von Merikaler Seite damit beantworten werden, indem sie Stellen aus der Bibel und der Grafmännchen Broschüre „Die Moraltheologie des heiligen Franz von Xavier“ in einer der nächsten Kammer-Sitzungen verlesen und zur Erörterung bringen werden.

##### Englisches Unterhand.

London, 18. Juli. (W. Z. V.) Im Laufe der Beratung im Unterhaus teilte Chamberlain mit, der Gouverneur der Kapkolonie Milner lehre am 10. August nach Südafrika zurück. Sodann richtete Herbert Roberts an den Unterstaatssekretär Chamberlaine die Frage, ob er nicht eine Erklärung abgeben könne über die Schwierigkeiten, die dazu geführt hätten, daß die Frage der Reorganisation der chinesischen Entschädigung auf den toten Punkt gelangt sei, und ob das indische Kavallerie-Regiment, das Dienstin verlassen sollte, Gegenbefehl erhalten habe. Chamberlaine erwiderte, die Schwierigkeit, die sich erhoben habe, liege in der Beziehung zu der Auswahl der Einwohnern, die für den Dienst der für die Entschädigungszahlung auszugehenden Fonds bestimmt seien. Die Verhandlungen seien noch immer im Fortgang. Die Abfahrt des indischen Regiments sei nicht verschoben worden.

Osternburg, 18. Juli. (W. Z. V.) (Amtliche Meldung.) Bei der heutigen Landtagssitzungwahl im zweiten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Magdeburg wurde Dewahauptmann v. Lude-Wittmerhof (Konservativ) mit 306 Stimmen gewählt. Kommerzienrat Meyer-Langemann (nationalliberal) erhielt 7 Reichstags-Abgeordneter Fischbeck-Verlin (Freisinnige Volkspartei) 5 Stimmen.

Paris, 18. Juli. (W. Z. V.) Die Budgetkommission hat mit allen gegen 2 Stimmen den Posten „Gesandtschaft beim Vatikan“ gestrichen und auch bei mehreren andern Kapiteln des Etats des Auswärtigen Amtes Streichungen vorgenommen.

Wien, 18. Juli. (W. Z. V.) Die Vertreter sämtlicher Handelskammern Apulien beschlossen, dahin zu wirken, daß bei Erneuerung der Handelsverträge die Weinsteuer Österreichs aufrechterhalten werde und daß Deutschland den italienischen Versammlungen auch ferner Vorzugsvereinbarungen eintäume, und schließlich, daß der Tarif für italienische Lebensmittel unverändert bleibe. Kompensationen hierfür sollen diesen Staaten auf industriellen Gebiete gewährt werden.



Eine sozialreformerische Konferenz.

Im Reichsamt des Innern hat am 6. Juli eine Konferenz getagt, die sich mit der Frage zu beschäftigen hatte, wie eine Regelung der Hausarbeit in der Tabakindustrie herbeigeführt werden könnte.

Diese schweren, um sich greifenden Uebelstände durften nicht mehr unbeachtet gelassen werden, deshalb entsandte das Reichsamt des Innern vor mehr denn Jahresfrist einige Regierungsräte in westfälische Bezirke, um sich dort über die Heimarbeit in der Tabakindustrie zu informieren.

Die Kenntnisse von der Hausarbeit, die sie bei dieser Gelegenheit erworben haben, hätten sie in Berlin billiger erwerben können, wenn sie Jaffés Schriften über die „Hausarbeit in der deutschen Cigarrenfabrikation“ oder noch besser das Organ des Tabakarbeiterverbandes, den „Tabakarbeiter“ gelesen hätten, der wertvolles Material über die Hausindustrie reichlich enthält.

Nachdem nun Jahr und Tag verstrichen ist, hat man es endlich für nötig gehalten, Sachverständige zu einer Befragung über diese Materie heranzuziehen. So waren denn am 6. Juli vier Gewerkschafts-, acht Cigarrenfabrikanten und acht Cigarrenarbeiter im Reichsamt des Innern zur Beratung versammelt.

Die Organisation der Unternehmer, der „Deutscher Tabakverein“ war vertreten durch seinen Vorsitzenden, Herrn Kommerzienrat C o l l e n b u s c h - Dresden, sowie durch Kommerzienrat V e r m a n n - Bremen; die Organisation der Arbeiter dagegen, der „Deutscher Tabakarbeiterverband“, war von der Beratung ausgeschlossen, obwohl gerade er es ist, der die Schäden der Hausindustrie ambedeutet und durch sein unablässiges Drängen den Anlaß zum Eingreifen gab.

Das Resultat dieses einseitigen Verfahrens kommt denn auch in den Fragen zum Ausdruck, mit denen sich die Konferenz zu befassen hatte. Diese Fragen schließen nicht nur eine Diskusion über die Möglichkeit eines Verbots der Hausarbeit in der Cigarren-Industrie ganz aus, sondern verraten auch, wie das Reichsamt des Innern ganz den Intentionen der Unternehmer gemäß der Hausarbeit den Pelz waschen will, ohne ihn noch zu machen.

Es kommt ja den Unternehmern nicht in den Sinn, die Industrie durch verständige Maßnahmen überhaupt zu heben, die wilde Profitgier hat ihr ganzes Sein erfafst und die korrupteste Methode ist ihnen gerade gut genug, schnell Gewinne zu erringen.

Den Geheimräten F o s a d o w s k y s stünde es natürlich schlecht an, sich den Wünschen der Unternehmer entgegenzustellen, in deren Sinne eine Reihe von Fragen aufstellten, über die hinaus keine Wünsche und Forderungen ausgesprochen werden durften.

Welcher Cigarrenarbeiter würde, wenn er vor die Frage gestellt wird, ob es erwünscht und durchführbar sei, die Vornahme aller zur Herstellung von Cigarren erforderlichen Vorrichtungen zu verbieten: a) in Räumen, deren Fußboden 0,50 Meter unter der Oberfläche des Bürgersteiges oder des Hofes liegt; b) in unverschalteten Dachräumen; c) in Schlafräumen — welcher Arbeiter würde da mit nein antworten? Gewiss nicht ist nicht nur dies, erwünschter, daß die bundesrätlichen Vorschriften Anwendung fänden, daß besondere Arbeitsräume neben den Wohnräumen vorhanden sein müßten, und noch erwünschter, daß die Hausarbeit ganz verboten würde.

Die angelegte Frage ist aber die Grundfrage, die an der Hausarbeit nicht im mindesten rüttelt, die aber das Wohnungs- elend der Hausarbeiter ahnen läßt. Daß das in der Frage angelegte Verbot durchführbar ist, steht außer Zweifel. Wer aber trägt die Kosten? Die Unternehmer? Keineswegs. Die zahlen die niederen Löhne weiter, von denen die Arbeiter dann die Kosten einer besseren Wohnung bestreiten müssen.

So muß alles den Unternehmern zum Besten dienen. Die weiteren Fragen sind der gleichen zwitterhaften Natur. So die, ob das Abrippen, das Wischen und Lagern von Tabak in Wohn- resp. Arbeitsräumen zu verbieten sei. Die Antwort darauf lautet: Das Abrippen und Wischen von Tabak soll, wenn dieser feucht ist, gestattet sein, das Lagern von 5 Kilogramm für einen Arbeitstag ebenfalls.

Wie werden die Cigarrenarbeiter über diese Art der Sozialreform ihren Spott ergießen! Wer will denn kontrollieren, ob der Tabak trocken ist, wenn der Hausarbeiter gerade die Mischung, die den lungengefährlichen Staub aufwirbelt, vornimmt? Der ganze an grünen Tische sich spreizende Unverstand schillert in dieser Frage.

Weiter soll das Trocknen von Tabak in den Wohnräumen nur gestattet sein, wenn ausreichende Fürsorge gegen hiervon drohende Gesundheitschädigung getroffen ist, wozu man empfiehlt, in die Deckung einen besonderen Rahmen mit Luftabschluß einzuschließen, wie das z. B. in den Schiffsgeräten seit Jahren eingeführt worden

ist.“ Die Arbeitsräume sollen mindestens 2 1/4 Meter hoch und mit zu öffnenden Fenstern, sowie festen und dichtem Fußboden versehen sein; ferner sollen sie für jede mit Rollen, Wischen oder Entrippen beschäftigte Person 10 Kubikmeter Luftraum bieten.

Das letztere klingt besonders fürsorglich, aber nur auf dem Papier. Zwar sollen nach einer anderen Bestimmung Kinder unter 12 Jahren nicht zu den zur Herstellung von Cigarren erforderlichen Arbeiten herangezogen werden dürfen, aber auch diese Bestimmung wird nicht innegehalten werden in den Familien, die viel Kinder haben und wo die Kleineren mit herangezogen werden zum Abrippen, damit die älteren Familienmitglieder Widel machen oder rollen können, um nur den nötigen Unterhalt für die Familie zu verdienen, denn die niedrigen Löhne spotten ja jeder menschlichen Existenz.

Und wie es in unsrem für die Unternehmer fürsorglichen Staatswesen gar nicht anders sein kann, soll es für diese großartige Sozialreform auch noch Ausnahme- und Uebergangsbestimmungen geben. Fünf Jahre soll Frist gegeben werden, die Beschränkungen für Arbeitsräume durchzuführen. Inzwischen also geht alles seinen alten Gang, die Ausbeutung der Hausarbeiter wächst weiter, die Industrie empfindet diese Schäden im allgemeinen immer mehr, aber es ist eine große Sozialreform ins Werk gesetzt worden, d. h. wenn die Weisheit der Tabakkonferenz als Geleitz zu Papier gebracht wird.

Dieses Papier wird abermals vor der Welt bestätigen, daß Unternehmer und Regierung ein Herz und eine Seele sind.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter, Parteigenossen! Versäumt nicht die Wählerlisten für die Stadtverordneten-Wahl einzusehen!

Arbeiter, Parteigenossen Charlottenburgs! Trotz eifriger Bemühungen ist es uns nicht gelungen, die Direction der Communal-Verwaltung resp. den städtischen Oekonom zur vollständigen Freigabe des Lokals zu bewegen. Der jetzige Oekonom erklärt nunmehr, wir können das Lokal zu Versammlungen bekommen, aber unter der Bedingung, da: wenn es regnet, wir den Saal räumen müssen, damit die Schauspieler aus dem Garten ihr Spiel im Saal fortsetzen können; wolkten wir dennoch im Saal bleiben, so ist eine Entschädigung von 45 M. zu zahlen. Auf diesen Vorschlag konnten wir nicht eingehen und sehen wir uns genötigt, das Lokal zu sperren. Die Lokalkommission von Charlottenburg. J. A.: Wilhelm Liedke.

Nieder-Schönhäuser. Am Sonntag findet im Lokale des Herrn Thieme, Bismarckstr. 44 und Kaiserin Augustastr. 8 ein Sommerfest statt, bestehend aus Konzert, Gesangsaufführungen, lebenden Bildern, Asperle-Theater und Feuerwerk. Entree 20 Pf.

Johannisthal. Der sozialdemokratische Wahlverein hält seine Mitgliederversammlung am 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Senfleben ab.

Friedrichshagen. Die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Sonnabend, den 20. Juli, abends 9 Uhr, im Vereinslokal bei C. Conrad, Friedrichstr. 187, statt. Auf der Tagesordnung steht der Jahresbericht des Vorstands, der Bibliothekskommission und der Revisoren, sowie die Renwahl des Vorstands, der Bibliothekskommission und der Revisoren. Diejenigen Mitglieder, die die Broschüre „Die Tuberkulose als Volkskrankheit und deren Bekämpfung“ nicht erhalten haben, können dieselbe in der Versammlung in Empfang nehmen. Die Mitglieder werden dringend ersucht, in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Röpenitz. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Liste der stimmungsfähigen Wähler vom 15. bis 30. Juli in der Zeit von morgens 9—1 und nachmittags von 3—6 Uhr zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegt.

Wahlberechtigt sind alle diejenigen, welche mindestens 9 M. Bürgerrechtsgeld bezahlt haben. Wir ersuchen die Parteigenossen, von dem Recht der Einsichtnahme recht ausgiebigen Gebrauch zu machen. Alle diejenigen, welche verhindert sind, die Listen selbst einzusehen, bitten wir, sich an die folgenden Parteigenossen wenden zu wollen: Alb. Stippeloh, Schönhaiderstr. 5; Franz Weber, Grünauerstr. 2; Aug. Rodtzig, Müggelseimerstr. 2; Karl Riese, Riez Nr. 1; Wilh. Feidler, Restaurant, Grüne Trift. Der Vorstand des Wahlvereins.

Lokales.

„Anständige Leute schreiben nicht für mich!“

sol Bismard einmal geantwortet haben, als man ihm Vorkhaltungen über die moralische Beschaffenheit seiner offiziellen Goldschreiber machte. Die Berliner Apotheker könnten dem noch hinzufügen: „auch intelligente Leute schreiben nicht für uns!“ Dem das Flugblatt, welches gegenwärtig die vereinigten Apotheken-Besitzer und — Verwalter von Berlin und Umgebung in den Apotheken verteilen lassen, bekundet einen geradezu staunenswerten Mangel sowohl an Anstand, wie an Intelligenz.

Bezeichnend ist schon, daß anscheinend niemand bereit ist, die geistliche und moralische Verantwortung für das Nachwerk zu übernehmen. Nur der Drucker ist angegeben, der Name des Verfassers oder eines „Verantwortlichen“ fehlt! Ist das ein Zeichen dafür, daß doch ein Rest von Schamgefühl noch vorhanden ist? Oder war die Furcht vor der gerichtlichen Vertretung des Publikums bestimmend für das Verschweigen?

Der moralische Tiefstand zeigt sich ferner darin, daß über das Verhältnis zwischen Arznei Ausgaben und Gesamteinnahmen der hiesigen Krankenkassen dieselben falschen Angaben weiter verbreitet werden, welche bereits wiederholt gründlich widerlegt sind, und für deren Verbreitung die Wäter des Flugblatts nicht ein mal mehr den guten Glauben in Anspruch nehmen können. Nicht auf 1,90 M. pro Kopf und Jahr belaufen sich bei sämtlichen Berliner Krankenkassen die reinen „Arznei“-Kosten, sondern auf über 2,50 M., wie unter andern bewiesen wird durch Berechnungen, welche Herr J. Marggraf in der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht hat; Herr Marggraf aber ist Vorsitzender der „vereinigten Apotheken-Besitzer u. w.“, also ihn kann man wohl mit einigem Recht in erster Linie für das Flugblatt verantwortlich machen. Durchnu wahr ist ferner, daß der Arbeiter durchschnittlich „jährlich 38 M. an die zuständige Krankenkasse zahlt.“ Nach den Mitteilungen des statistischen Amtes („Die Arbeiter-Krankensversicherung in Berlin im Jahre 1899“) entfielen vielmehr auf den Kopf des Versicherten bei den Berliner Kassen an Gesamteinnahmen — also einschließlich der Kapitalzinsen u. w. — nur 25 M. 25 Pf. Die Arzneikosten allein machen also nicht den zwanzigsten, sondern den zehnten Teil der Gesamteinnahmen aus! Das Flugblatt, in dem solche Unwahrheiten weiter verbreitet werden, hat man dann noch die Stirn zu überschreiben: „Der Wahrheit die Ehre!“ Freilich, man wird doch den Verfassern des Apotheker-Flugblattes bis zu einem gewissen Grade „milde Umstände“ bewilligen müssen.

Die im Kampfe erlittenen Wunden schmerzen sie offenbar so, daß sie selbst die Fähigkeit richtig zu lesen eingebüßt haben. So heißt es in dem Flugblatt:

„In ihrem Flugblatt beklagt sich dann ferner die Centralkommission, daß den Krankenkassen für 100 Gramm Crustacee 70 Pf. berechnet werden.“

Nicht ein Wort findet sich dabei in den beiden Flugblättern der Centralkommission. Die Verfasser leiden offenbar schon an Sinnesstörungen, und sie thäten gut, sich nicht mehr auf die eigene Kurzsichtigkeit zu verlassen, sondern einen vernünftigen Arzt zu Rathe zu ziehen!

Die Abgabe des „beträgerischen Glaskopfs“ im Jahre 1887 soll erfolgt sein, weil die betreffenden Recepte „fast unleserlich waren.“ Werthwändig: was hat man denn abgegeben, wenn das der Fall war?

Im übrigen zeigt das Flugblatt, wie sehr schon die stolzen Siegeshoffnungen der Apotheker an dem geschlossenen, einmütigen Vorgehen der Krankenkassen zerfallen sind. Es heißt nämlich dort:

„Inwiefern die Kassenvorstände die Drogenhandlungen bei den Arzneibezügen der Kassennmitglieder zu beteiligen für gut halten, ist eine Sache der inneren Verwaltung, Sache der Aerzte und Sache der Mitglieder.“

Die Apotheker verzichteten also bereit auf die ausschließliche Zulassung der Apotheken, die sonst immer unerlässliche Vorbedingung der Gewährung von „Vergünstigungen“ an die Kassen war; sie würden offenbar auch bei weiterer Verzuge der freigegebenen Artikel aus Drogengeschäften auf den Apotheken-Handverkauf die alten, ja wahrscheinlich noch weitergehende Vergünstigungen gewähren, wenn nur der Boykott aufgehoben würde! Das ist ein Zugeständnis, wie es ohne den Kampf nie erreicht worden wäre! Die Kassen aber werden sich mit diesem halben Erfolge nicht begnügen; sie werden, dem Beispiel der Kölner Arbeiterkassen folgend, den Kampf durchsetzen bis zu seinem für die Apotheker bitteren Ende, und nur mit einem vollen Siege sich begnügen.

Aus den Tagen des Iox-Kampfes rührt ein Streit her, den der Kunsthändler Hans Wendler mit dem Fiskus führte. Dem Herrn wurden im Januar 1890 durch Vermittelung des bekannten Reichstags-Abgeordneten Noeren eine Sammlung von Bildnissen des Professors Max Koch und Weiser durch die Polizei beschlagnahmt, nach vielen Wähen aber wieder freigegeben. Bei der Rückgabe der Bilder stellte sich heraus, daß auf irgend eine Art einige Bilder abhanden gekommen waren und von den übrigen sich mehrere in einem so schmutzigen Zustand befanden, daß sie für den Verkauf wertlos wurden. Herr Wendler machte gegen den Justizfiskus einen Schadenersatz in Höhe von 202 M. geltend und erzielte auch vor Gericht die Anerkennung seines Anspruches. Ueber den weiteren Verlauf des sehr interessanten Prozesses berichtet der Beschädigte der „Berl. Zig.“ nun folgendes:

„Gegen das Urteil legte der Justizfiskus Berufung ein, und beschloß das Gericht, durch Vernehmung des kunstverständigen Gesellschafters der Firma Keller u. Meiner, hier, als Sachverständiger Beweis darüber zu erheben, welches der Wert der beschädigten Bilder in unversehrtem Zustand ist. Das Gutachten des Herrn Martin Keller spricht sich dahin aus, daß der von mir verlangte Preis ein durchaus normaler ist. Auf Grund dieses Gutachtens konnte die Entscheidung für mich nur günstig ausfallen, was mir mein Rechtsbeistand bestätigte. Doch auch ein Justizrat kann sich irren.“

Bei der Verkündung des Urteils wurde meine Klage mit der Begründung kostenpflichtig abgewiesen, daß der Justizfiskus nicht haftbar zu machen ist für Versehen und Fehler, welche die Unterbeamten machen, sondern ich muß meine Schadenersatz-Ansprüche bei demjenigen geltend machen, der die Beschlagnahme verfügt hat.

Ja, wenn ich nur wüßte, gegen wen ich jetzt klagen soll! Gegen den Ersten Staatsanwalt Hensel, gegen den Kriminalkommissar Damm oder gegen denjenigen, der demüthigt hat, also gegen Herrn Noeren? Und zum Schluß, wenn ich mit dieser Klage, immer nachdem erst Sachverständige gehört werden, abgewiesen worden bin, dann bleibt vielleicht nur noch Herr v. Meerfeldt-Hüllesien. Doch der ist leider nicht mehr am Leben.

Die fraglichen Studienblätter habe ich nun nicht etwa zurück- erhalten, diese dienen wohl noch zum Studium für kunstverständige Schulleute, es muß mir doch genügen, wenn ich die Kosten und Sachverständigen-Gebühren in Höhe von ca. 300 M. bezahle.

Leider muß ich mich in dieser Sache begnügen, da es eine weitere Instanz nicht giebt. Ob es aber richtig ist, einen Prozeß Jahr und Tag hinzuziehen, Sachverständige zu vernehmen und nachdem man in der Sache verhandelt hat, die Klage kostenpflichtig abzuweisen, darüber steht mir ein Urteil nicht zu.

Meine neue Klage gegen denjenigen, welcher die fälschliche Beschlagnahme verfügt hat, wird ja voraussichtlich bis an das Reichsgericht gehen, und kann man wohl gespannt sein, wie dies Urteil ausfallen wird.“

Die Vororte erhalten keine Staatsbeihilfe zu den Schul- lasten.

Der Kultusminister hat unlängst sämtlichen Berliner Vororten eine Verfügung gegeben lassen, nach welchen ihnen zukünftig keine staatlichen Zuschüsse mehr zu ihren Kosten für ihre Schulen geleistet werden. Der Minister ist der Ansicht, daß die Berliner Vororte infolge des außerordentlichen Steigens des Bodennortes in der Lage seien, die gesamten Schullasten selbst zu tragen und er will nur in Ausnahmefällen eine einmalige Beihilfe gewähren. Viele Berliner Vororte werden durch diese Verfügung sehr hart getroffen. Rixdorf, das bisher 40 000 M. Zuschuß zu den Schullasten bekam, hat durch eine Abordnung den Kultusminister darauf hingewiesen, daß die Steuerkraft der Berliner Vororte mit dem außerordentlichen Steigen der Bodenwerte nicht Schritt hält, weil die reichen Grundbesitzer gewöhnlich nicht in den Vororten selbst, sondern in Berlin W. wohnen. Es ist denn auch der Gemeinde Rixdorf noch eine einmalige Beihilfe von 20 000 M. ge- währt worden. Rix und Lichterberg haben schon um eine ein- malige Staatsunterstützung gebeten. Hohen-Neuendorf an der Nordbahn hat infolge der Verfügung beschloffen, aufstet einen geplanten großen Schulhauses, das 105 000 M. kosten sollte, ein kleineres für vielleicht 60 000 M. zu bauen. In Neu-Wehnesen sind die Schulverhältnisse recht schlecht. Obgleich die Ge- meinde gegenwärtig in der Ostau Adolfsstraße ein neues Schulhaus baut, werden doch noch, wenn dieses Gebäude fertig sein wird, noch der heutigen Schülerzahl 23 Schulklassen in dem Orte fehlen. Mehrere hundert Schüler sind in Mieträumen untergebracht. Alle die ärmeren Vorortsgemeinden hoffen, die von ihnen gegen die Stadt Berlin angestrebten Klagen auf Leistung eines Zuschusses zu den Schullasten zu gewinnen, weil die meisten in den Vororten wohnenden Arbeiter in Berlin beschäftigt sind.

Das alte Berliner Schuldgefängnis, Köpnickestr. 30a, wird nun vielleicht auch bald von der Bildfläche verschwinden, da die Besitzer sich mit dem Gedanken tragen, das zweistöckige Haus, welches zu den ältesten und interessantesten der Köpnickestraße gehört, zu verkaufen und es dann jedenfalls einem Neubau Platz machen würde. Bekanntlich wurde die Schuldhaft in Deutschland am 20. Mai 1868 aufgehoben, so daß in diesem Jahre „Meiers Ruh“, wie das Berliner Schuldgefängnis nach seinem damaligen Eigentümer, dem Buch- druckereibesitzer Meier, genannt wurde, seiner Bestimmung als „Schuldgefängnis“, wie die offizielle Bezeichnung lautete, entzogen wurde. Aber noch heute erinnern an der freiliegenden Westfront des Gebäudes im Partiergeschoß sieben mit Eisenstäben vergitterte Fenster daran, daß hier einst die Schuldner auf Kosten ihrer Gläubiger ein vielleicht etwas langweiliges, im übrigen aber ganz gemächliches Dasein führten. Denn die Haft, welche sechs



Monate nicht übersteigen durfte, war sehr milde, niemand brauchte zu arbeiten und man konnte sich durch die Hilfe von Verwandten oder Freunden alle möglichen Bequemlichkeiten verschaffen. Mander ging trotzdem nicht gern hinein, und der Exekutor, der als Vorgesänger des heutigen Gerichtsvollziehers mit der Verhaftung der für einen Unfallsfall in „Mörsers Ruh“ bestimmten Personen beauftragt war, mußte oft eine förmliche Jagd zu ihrer Haftabfuhr anstellen. Gegen solche faulen Schuldner, die wohl zahlen konnten, aber nicht wollten, wurde ein eigenartiger Kniff angewendet. Die Gläubiger suchten herauszubekommen, wann diese Herren Besuch erhielten, und schickten ihnen dann den Exekutor auf den Hals oder sie ließen den Mann des Gesetzes am Weihnachts- oder Osterheiligabend bei ihnen antreten. Mit süßlaurer Miene grüßte dann der faule Schuldner oft in die Tasche und zahlte. Jetzt befindet sich schon seit vielen Jahren in den Haupträumen des alten Schuldgefängnisses eine im ganzen Köpenicker Stadtviertel wohlbelannte Restauration.

**Städtische Armenpflege.** In der Zeit vom 1. April 1899 bis 31. März 1900 wurden von den 302 Armenkommissionen in Berlin an Almosen 354 061 Portionen 5 137 847 M., und an Pflegegeld in 116 022 Portionen 769 637 M. ausgezahlt. Ferner wurden an Extra-Unterstützungen gezahlt: An Almosen-Empfänger in 21 794 Portionen 153 994 M., an Pflegegeld-Empfänger in 8457 Portionen 60 191 M., und an nicht fortlaufend unterstützten in 54 999 Portionen 540 543 M. Der Gesamtbetrag all dieser Unterstützungen bezifferte sich demnach auf 6 601 212 M., oder durchschnittlich pro Monat 555 101 M.

Außer dem haben Anfang Januar 1900 von den Armenkommissionen 27 771 Almosenempfänger und 5067 Pflegemütter je 6 bis 10 M., zusammen 280 381 M. Winterunterstützung zur Beschaffung von Brennmaterial erhalten. Unter den 763 728 M. Extra-Unterstützungen sind enthalten: für auf ärztliche Verordnung gelieferte Milch 68 784 M., für ebenfalls von Ärzten verordnetes Fleisch 28 059 M., für andre Lebensmittel 83 312 M. und für Bekleidung 8389 M.

Die Zahl der unterstützten Almosenempfänger betrug im Berichtsjahre 83 780 (9454 männliche, 24 326 weibliche). Pflegegeld wurde für 12 241 Kinder gezahlt, und zwar für 6004 Knaben und 6237 Mädchen.

Außer den genannten, von den Armenkommissionen ausgezahlten Unterstützungen sind noch unmittelbar durch die Armenverwaltung gezahlt worden: für laufende Unterstützung der hier oder außerhalb untergebrachten Pfleglinge und die ausnahmsweise von der Armenverwaltung selbst an Arme bewilligten laufenden Unterstützungen 49 627 M.; für Bekleidung armer Konstanten 18 270 M.; Mietbeträge, Transportkosten etc. 11 518 M.; Unterstützungen zu Badekur 1731 M.; an die Armen-Speisungsanstalt 30 000 M.; Erstattungen a) an auswärtige Armenverbände (Unterstützungen hier ortsgenössiger Personen) 268 031 M., b) an das städtische Obdach (Unterstützungen zur Ausbesserung der aus dem Obdach entlassenen Familien) 18 007 M.

**Städtische Alters- und Krankenversorgung.** Im Friedrich-Wilhelms-Hospital und der Siedenanstalt in der Fiedelstraße befanden sich am 30. Juni 588 männl. und 415 weibl., zusammen 1003 Hospitaliten und Siede (gegen 1022 am 31. März d. J.). Im Depot für ausbleibende Heilanstalten entlassene unheilbare Obdachlose in der Fiedelstraße waren am 30. Juni 42 männliche und 49 weibliche, zusammen 91 Personen in Pflege gegen 83 am 31. März. In der Anstalt in der Wallfahnenstraße wurden am 30. Juni 3 Männer und 201 Frauen, zusammen 604 Personen verpflegt (gegen 562 am 31. März d. J.). Die Gesamtzahl der in den genannten 3 Anstalten am 30. Juni in Pflege befindlichen Personen betrug mithin 1608 (gegen 1607 am 31. März d. J.).

**Auf dem Transport entwichen** sind gestern vormittag auf der Charlottenburger Chaussee etwa 80 „Gefangene“. Dieselben waren sämtlich zu lebenslänglicher Haft verurteilt und sollten auf einem Rollwagen ihrem Bestimmungsort, nach Moabit, überführt werden. Das Schicksal hatte jedoch anders für sie bestimmt: Als der Wagen an der Kreuzung der Charlottenburger Chaussee und der Quer-Allee mit einer Droschke kollidierte, fiel der große Käfig, in welchem sich die Inhaftierten befanden, auf das Straßenpflaster, brach in Stücke und im nächsten Augenblick waren die Gefangenen, die aus — Buchstaben, Drosseln und Geißeln bestanden, im schließenden Orkan des Tiergartens verschwunden. Es dürfte wohl kaum gelingen, die „Ausbrecher“ wieder einzufangen.

**Eine große Störung** gab es gestern mittag um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr im Betriebe der Straßenbahn dadurch, daß vor dem Haupteisenbahnstraßen 81 der Leitungsdraht riß, der nach der östlichen Straßenseite bis zur Nr. 83 hinüberführt. Ein Wagen der Linie Köpenicker Bahnhof—Savignyplatz war soeben vorübergefahren, als der Draht niederbrach. Verletzt wurde niemand. Zur Herstellung des Schadens waren die Feuerwehr und der Lummwagen der Straßenbahn zur Stelle. Dazu war aber längere Zeit notwendig. Während dieser Zeit mußten die Wagen langsam über die Stelle hinweggebracht werden und hatten Verspätungen. Ein Teil der Wagen mußte von Accumulatoren weitergeschoben werden, weil der Strom versagte.

**Drei ausländische jugendliche Taschendiebe** fielen in der Nacht zum Donnerstag der Polizei in die Hände, als sie ihre Arbeit zum Teil schon beendet hatten. Vor dem Hause Friedrichstr. 134 hatten sie die Scheiben von zwei einem Tuchgeschäft gehörenden Schaukästen bereits eingedrückt und waren dabei, den Inhalt auszuräumen, als die Polizei sie abfaßte und festnahm. Die Diebe stehen im Alter von 17 und 18 Jahren, es sind der Hausdiener Emil Böh, der Schneider Leopold Krant und Adolf Renover. Sie wollen aus Galtzien kürzlich nach Berlin gewandert sein, um sich hier Arbeit zu suchen, dann aber, als sie keine Beschäftigung finden konnten, sich dem Diebeshandwerk zugewandt haben.

**Während dem Tode ereilt** wurde heute nachmittag der schon bejahrte Hausdiener des Cigarrenschäfts von Leditz, Unter den Linden Nr. 12. Derselbe hatte sich nach dem in Nr. 13 derselben Straße belegenen Restaurant „Zur Stadt Witten“ begeben, um für seinen Chef Mittagessen einzubolen, als er plötzlich von einem Schlaganfall betroffen tot von einem Stuhle fiel.

**Infolge der Hitze wahnhaftig** geworden ist die 73 Jahre alte Frau Luise Lehmann, die Schwiegermutter des Regisseurs Berner vom Residenz-Theater. W., der kaiserlich russischer Hof-Schauspieler in Petersburg war, verheiratete sich mit einer Russin und erhielt am Dienstag den Besuch seiner Schwiegermutter in der Wohnung Wlanfenfeldstraße 5. Während die beiden Eheleute ausgegangen waren, verblieb die alte Frau in der Wohnung. Um 1/2 Uhr abends lehrte die erste Heim, und in demselben Augenblick sprang die Greisin aus dem vierten Stock auf die Straße hinab, wo sie als eine unförmliche Masse tot liegen blieb. Trotzdem wurde ein Arzt von der Unfallstation gerufen, der aber nur noch den Tod feststellen konnte.

**Von Kohlen verschüttet** wurde am Donnerstagvormittag auf dem Lehrter Bahnhof der 23 Jahre alte russische Wilhelm Schulze aus der Adolfsstraße 13. Beim Laden fiel ein hoher Stapel Kohlen um und begrub den stummen unter sich. Viele Hände gingen sofort daran, die Last von dem Verunglückten abzutragen und ihn dann herauszuziehen. Schulze hatte aber bereits so schwere innere Verletzungen davongetragen, daß er einem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

**Aus dem Fenster gestürzt.** Zwei Schwestern, Hedwig und Marie Gunkel, die sich hier vorübergehend aufhielten, stürzten sich am Mittwochabend aus ihrer Wohnung, Putzstraße 2, auf den Hof hinab. Beide wurden schwer verletzt nach der Unfallstation gebracht. Man nimmt an, daß die That im Verfolgungswahn begangen ist. Schon vorher war das Verhalten der beiden aufgefallen, die fortwährend auf das Fensterbrett kletterten und allerhand tolle Reden hielten. Man setzte die Polizei in Kenntnis und alarmierte schließlich die Feuerwehr, da man zu der Wohnung nicht gelangen konnte; aber ehe die Feuerwehr

ihre Sprungtuch ausbreiten konnte, war die Ausführung des unglücklichen Vorhabens bereits geschehen.

Zu dieser Mitteilung erhalten wir vom Rechtsanwalt Victor Frankl noch folgende Zuschrift:

Gestern Vormittag erschienen die beiden Damen bei mir zur Ordnung einer kleinen Angelegenheit mit dem hiesigen St. Josefs-Kloster. Nachdem ich ein darauf bezügliches Schriftstück entworfen hatte, begannen sie sich über harte Schicksalschläge, die sie erlitten hätten, und über Verfolgungen, wegen welcher sie nun die Staatsanwaltschaft anrufen wollten, auszulassen und baten um meinen Beistand. Obwohl ich bald den Eindruck empfangen hatte, es namentlich in der einen Schwester, mit sehr stark erregten Personen zu thun zu haben, folgte ich aufmerksam ihren Erzählungen, bis ich plötzlich einer dringlichen Anordnung wegen das Zimmer verlassen mußte; ich sah sie, sich ein paar Schindeln zu gedulden. Kaum war ich hinausgegangen, als sie fortliefen. Auch als ich ihnen jemand meines Bureaupersonals nachschickte, wollten sie nicht mehr zurückkommen. Wie ich dann hörte, hatte sie der Wahn ergriffen, ich wäre hinausgegangen, um einen Schuttmann zu holen!! Einige Papiere von ihnen liegen noch bei mir.

Dies wollte ich der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, da mir in der Sache der beiden unglücklichen Schwestern doch manches recht eigenartig erscheint.

**Ein Aukerfreund** zweifelhafter Art wurde am Mittwoch auf dem Tempelhofer Felde dingfest gemacht. In der Zeit von 5 bis 6 Uhr nachmittags bemerkten Passanten, daß ein Mann in reiferem Alter sich mit kleinen Mädchen in sehr verdächtiger Weise beschäftigte. Als der Anhold sich beobachtet sah, suchte er schnell zu entweichen, wobei er den Weg nach der Kaserne nahm und dann dem Garnison-Straßenhof zuflüchtete. Mittlerweile waren aber die Verfolger dem Durschen dicht auf der Spur, als dieser sich umdrehte und mit dem Messer sich zur Wehr setzte.

Er verletzte dabei den Arbeiter Henke nicht unerheblich am Auge und an der Hand, konnte aber nun nicht mehr entkommen, denn die Arbeiter vom Kirchhof stellten ihn und übergaben ihn dann der Polizei. Der Arbeiter Henke mußte sich auf der Unfallstation seine Wunden verbinden lassen.

Zur weiteren Verfolgung der Sache ist es wünschenswert, daß die Zeugen, besonders der Herr, der den Anhold in seinem Vorhaben auf dem Felde beobachtet, ihre Adresse abgeben. Wir bitten, die Zuschriften an die Redaktion des „Vorwärts“ gelangen zu lassen.

**Behufs Rekonstruktion eines Toten** macht das Polizeipräsidium folgendes bekannt: Gestern nachmittag gegen 6 Uhr wurde an dem Grundstück des Eigentümers Kaput in Stralau eine männliche Leiche gefunden, welche an der Schraube des Dampfes „Wessel“ hängen geblieben war und diese unklar gemacht hatte. Die Leiche ist etwa 1,80 groß, 85 Jahre alt, stark gebaut und hat kurzes dunkelblondes Haar und rötlichen Schmutz. Die Bekleidung ist folgende: schwarzer Kammgarnanzug, Gummihosen, rot und weiß gestreiftes wollenes Hemd, kurze Schmutzstiefel, weiße, baumwollene Strümpfe. Bei ihr wurden gefunden: ein Schlüsselbund mit fünf Schlüsseln, eine Remontoiruhr Nr. 74 201 mit Kette, an welcher sich ein Stahlgehör Rodell 88 befindet. Angehörige oder wer sonst zu dieser Sache etwas weiß, werden gebeten, Nachricht nach Zimmer 321, Polizeipräsidium, Kriminalabteilung, zu geben.

**Treptow-Sternwarte.** Am Sonntag, den 21. Juli, wird Direktor Krüger auf der Treptow-Sternwarte um 5 Uhr nachmittags über: „Die demersierenden Sternschnuppenfälle“ und um 7 Uhr abends über: „Was wir vom Monde wissen“ sprechen. In beiden Vorträgen werden zahlreiche Bilder vorgeführt. Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Venus, abends der Mond und die beiden Planeten Jupiter und Saturn beobachtet.

**Feuerbericht.** Eine Benzinexplosion erfolgte Donnerstag nachmittag in der Motor-Fahrräderfabrik von H. Schuster in der Wallfahnenstraße 22. In dem Barriere belegenen Arbeitsraum explodierte ein Benzinmotor, wobei die Fensterscheiben auf den Hof geschleudert und der Raum in dichten Qualm gehüllt wurde. Die anwesenden 5 Arbeiter sprangen in ihrer Angst aus den Fenstern, wobei ein Arbeiter sich Verletzungen zuzog. Die alarmierte Feuerwehr trat nicht in Tätigkeit, da die Feuergefahr vor ihrer Ankunft bereits beseitigt war. Vormittag wurde die Wehr nach dem Widinger Ufer gerufen, wo ein Schleppdampfer lag geworden war. Wegen eines Drahtbrandes der elektrischen Straßenbahn erfolgte ein Alarm nach Oranienstraße 81. Personen wurden nicht verletzt, doch trat eine längere Verkehrsstörung ein. Durch Selbstentzündung waren auf dem Güterbahnhof in Moabit sowie auf dem Hamburger Rangierbahnhof Treptow in Brand geraten, der die Wehr einige Zeit beschäftigte. Ein Schornsteinbrand wurde von Große Frankfurterstraße 79 gemeldet.

### Aus den Nachbarorten.

**Die Einführung von Gasautomaten** wird vom Magistrat von Charlottenburg schon seit mehr als vier Jahren mit Nachdruck betrieben. Nachdem damals eine größere Anzahl von Automaten versuchsweise aufgestellt worden waren und die dabei zu Tage tretenden Mängel der Apparate beseitigt sind, hat der Charlottenburger Magistrat schon im vergangenen Jahre 100 Automaten für den allgemeinen Gebrauch ausgegeben. Jetzt stellt der Magistrat weitere 200 Gasautomaten zur Verfügung. Von den Apparaten werden 100 ohne und 100 mit Koch- und Beleuchtungsapparaten ausgegeben. Eine besondere Note wird für den automatischen Gasmesser auf keinen Fall erhoben. Für die Ueberlieferung des Apparats wird ein Zuschlag von 1,87 Pf. für je einen Heißleiter Gas erhoben. Der Automat liefert für 10 Pf. 680 Liter Gas, 100 Stück der neuen Automaten werden nur zugleich mit einer Kochplatte, einer Zehn- oder Doppelarm, einem Wandarm oder zweiten Doppelarm und zwei Glühlichtbrennern mietsweise abgegeben. Bei einem Zuschlag von 3 Pf. Miets für diese Apparate auf 1000 Liter Gas liefern die Apparate 825 Liter Gas für 10 Pf. Wie seiner Zeit beim Glühlicht, scheint Charlottenburg der Reichshauptstadt wiederum bei den Gasautomaten um einige Jahre vorauszu sein zu wollen.

**Das Nordkanalprojekt.** Nachdem der Magistrat beschlossen hat, das Projekt des Nordkanals nicht auf städtische Kosten und in städtische Regie zu übernehmen, sondern den Bau dem Kreis Niederbarnim und dem Staate zu überlassen, deren Interesse an dem Kanal erheblich größer ist als das der Stadt Berlin, beschäftigt man sich gegenwärtig in den beteiligten Vororten wieder sehr eingehend mit der Angelegenheit und will sie womöglich noch in diesem Jahre zum Abschluß bringen. Von verschiedener Seite wird demnächst beim Reichstag des Reiches Niederbarnim der Antrag gestellt werden, die staatlichen Behörden zur Ausführung des Kanalprojekts aufzufordern und die einzelnen Vororte zu befragen, welche Kostenbeiträge sie zur Herstellung des Kanals leisten wollen. Die Verhandlungen sollen sehr eilig betrieben werden, weil zum Bau des Nordkanals viel Grund und Boden erworben werden müßte, der unabhängig im Preise steigt, wodurch die Gesamterstellungskosten des Kanals bedeutend erhöht werden.

**Ein abenteuerlicher Mordanschlag** gegen eine Frau konnte im letzten Augenblick auf der Domäne Dahlem dank der Wachsamkeit des Guts-Administrators Herrn Jarnad vereitelt werden. Der 21 Jahre alte Schweizer Hugo Schramm aus Freiburg i. S. gebürtig, welcher längere Zeit auf der Domäne Dahlem in Stellung gewesen war, wurde gestern wegen Unregelmäßigkeiten entlassen. Schramm glaubte seine Entlassung auf die Frau des Ober-Schweizers Bing zurückzuführen zu müssen und schwor ihr Rache. Scheinbar verliebte er die bisherige Arbeitsstätte für immer, schlich sich dann aber abends gegen 1/10 Uhr unter dem Schutze der Dunkelheit wieder in die Nähe des Gutes und legte sich, bewaffnet mit einem scharf geladenen sechs-läufigen Revolver, hinter einem Strauche auf die Lauer, um seine Tölpel, von der er wußte, daß sie dort vorbei kommen mußte, niederzuschießen. Wenige Minuten später wäre dem Durschen

sein Nachsehl trübseliglich auch gelungen. So aber hätte es der Zufall, daß der Administrator Jarnad, eingedenk der ihm mitgeteilten Worte des Entlassenen, er werde Frau Bing über den Haufen schießen, grade jene Stelle vor dem Eingange des Gutes noch am Abend genauer absuchte, wo Schramm, in der Hand den schußfertigen Revolver, auf der Lauer lag. Es gelang Herrn J., den sich verzweifelt wehrenden Schweizer zu entwaffnen und festzunehmen, worauf der Administrator selbst seinen Gefangenen noch am Abend der Städtischen Polizeiwache zuführte.

### Geriichts-Beilage.

**Ein Streit zwischen „Streitenden“ und „Arbeitswilligen“** hatte zur Folge, daß die Steinträger Simon B. und Max W. sich gestern wegen versuchter Rötigung und Beleidigung vor der zweiten Ferienstrafkammer am Landgericht II zu verantworten hatten. Die Angeklagten waren auf dem vom Baumeister Bernick in der Ringstraße aufgeführten Neubau Apostel Paulus-Straße 2 in Schöneberg beschäftigt, verweigerten aber am 1. März die Fortsetzung der Arbeit, weil sie die durch den Jahreslauf hochgebrachten Steine noch eine halbe Leiter höher ziehen sollten, was sie nicht nötig zu haben glaubten. Sie wurden wegen dieser Arbeitsverweigerung entlassen und andre Steinträger traten sofort an deren Stelle. Darüber machten sie ihren Unmut laut und beschimpften die neuen Steinträger mit „Brennblätter“, „Lumpen“, „Schlumpfe“, „Streitbrücker“ usw. B. hatte auch einen Stein in der Hand und drohte, er würde denselben dem Steinträger Kopf an den Kopf werfen. Da aber nicht zum Niederlegen der Arbeit aufgefordert worden war, wurde die versuchte Rötigung fallen gelassen und nur wegen Beleidigung auf je eine Woche Gefängnis erkannt. Der Staatsanwalt hatte nur je 10 M. Geldstrafe beantragt.

**Straßenraub.** Als die Schauspielerin Paula Pöhl in der Nacht zum 4. Juni auf dem Nachhausewege begriffen war und durch die Friedrichstraße ging, passierte ihr ein unangenehmes Abenteuer. Sie spürte plötzlich, daß ein hinter ihr gehender Mensch sich durch einen starken Ruck in den Besitz ihres Pompadours zu setzen suchte, den sie über dem rechten Arm trug. Bevor sie dazu kommen konnte, einen Eiserner auszustossen, erfolgte ein zweiter, kräftiger Ruck, und mit gab die Dame dem Pompadour frei. Der Dieb ergriff die Flucht, wurde aber von Vorübergehenden verfolgt und eingeholt. Es war der 17-jährige Laufbursche Heinrich Ullrich, der den klünnen Streich ausgeführt hatte. Er wäre vor das Schwurgericht gekommen, wenn er 18 Jahre alt gewesen wäre. Im gestrigen Termin vor der dritten Ferienstrafkammer des Landgerichts I erklärte der einen fast noch kindlichen Eindruck machende Angeklagte, daß er aus Langeweile nach Berlin gekommen sei, um sich hier Beschäftigung zu suchen. Er habe auch solche gefunden, die Arbeit habe ihm aber nicht gepaßt. Dann sei er in Not geraten. Er habe geglaubt, daß in dem Pompadour der Dame Geld enthalten sei. Das Gericht verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis.

**Ein Taschendiebstahl**, dessen der aus einer angesehenen Florentiner Familie stammende Kaufmann Luigi Magnani beschuldigt war, beschäftigte gestern die sechste Verurteilungskammer des Landgerichts I. Am Nachmittage des 17. Februar d. J. bemerkte der Polizeiwachtmeister Müller in dem unteren Vorraum zu Castans Panoptikum einen feingekleideten Herrn, in dem er sofort eine Persönlichkeit wieder erkannte, die von ihm und seinen beiden Vorgesetzten, den Kriminalbeamten Doalke und Schmidt, am 18. Januar, am Tage des 200-jährigen Jubiläums, beobachtet worden war. Der Fremde hatte damals drei Taschendiebstahlversuche bei Frauen gemacht, es war aber nicht gelungen, ihn auf einer vollendeten That zu ertappen. Als Müller nun am 17. Februar den Verdächtigen wieder sah, gab er sofort seinen beiden genannten Vorgesetzten einen Wink, wie er beobachtet, ohne den Fremden aus den Augen zu verlieren. Dieser wurde auch von den beiden Beamten auf das bestimmteste wiedererkannt. Müller beobachtete nun, wie der Fremde sich an eine junge weibliche Person, die im Anschauen der Wachsfiguren-Gruppen vertieft war, herandrängte, ihr in die Kleiderfalte griff und die Hand wieder hervorzog. „Er hat das Portemonnaie!“ flüsternte er den beiden neben ihm stehenden Beamten zu, die allerdings weiter nichts gesehen hatten, als daß der Fremde sich mit der Hand der Tasche der vor ihm stehenden genähert hatte. Müller erhielt den Auftrag, sich bei der Bestohlenen zu erkundigen, ob sie tatsächlich ihr Portemonnaie vermisste. Die beiden Beamten behielten den Verdächtigen im Auge. Auf Befragen stellte die Dame tatsächlich fest, daß ihr Portemonnaie mit 2 Mark Inhalt verschwunden war. Der vermeintliche Dieb war inzwischen langsam davongegangen, nach dem Prandauer Thor zu. Der Kriminalbeamte Schmidt beobachtete, daß derselbe, als er in die Wilhelmshallen erreicht hatte, ein Portemonnaie öffnete und es in einen der vor dem Eingang befindlichen Lebensbäume warf, nachdem er den Inhalt in seine Hand geschüttelt. Nun lehrte er wieder um, in diesem Augenblick wurde er aber von dem Beamten Schmidt am Handgelenk gepackt und verhaftet. In der Hand des Verhafteten befanden sich 2 M. Das weggeworfene Portemonnaie wurde von der Bestohlenen als ihr Eigentum erkannt. Bei der Verhaftung erklärte Magnani, daß er das Portemonnaie im Vorraum zu Castans Panoptikum gefunden habe. Er habe anfangs nicht gewußt, was er mit dem Funde anfangen solle, dann sei er auf die Idee gekommen, den Inhalt des Portemonnaies einer armen Frau, die an der Kranzlerischen Ecke Jüdischer Feil bot, zu schenken und zu diesem Zwecke sei er wieder umgelehrt. Er sei der Sohn eines angesehenen Kaufmanns in Florenz, italienischer Landwirtschaffs- und nach Berlin gekommen, um sich hier als Vertreter einer florentiner Kunstlei eine Stellung zu verschaffen. Sein Vater unterstütze ihn in ausreichender Weise mit Geldmitteln, erst drei Tage vor seiner Verhaftung habe er von der Nationalbank 100 M. erhoben, so daß er es nicht nötig gehabt zu fühlen. Es müsse seinen Beobachtern entgangen sein, daß er sich nach dem Portemonnaie, das die Dame vielleicht beim Gebrauch des Taschentuchs mit herangeschiffen, gelehrt habe. Alle Behauptungen in betreff der Persönlichkeit des Angeklagten wurden derzeit vor dem Schöffengericht von dem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, unter Beweis gestellt. Der Gerichtshof hielt es denn auch nicht für ausgeschlossen, daß der Angeklagte das Portemonnaie gefunden und nicht gestohlen habe und kam deshalb zu einem freisprechenden Erkenntnis. Der Staatsanwalt legte Verurteilung ein. Im gestrigen Termine fiel die Beweisaufnahme wesentlich ungenügender aus als im ersten. Von der Sicherheits-Polizei in Rom war eine Auskunft eingeholt worden, die wenig günstig für den Angeklagten lautete. Er sei wegen unmoralischen Lebenswandels aus der italienischen Armee entlassen worden, habe nie Lust zu ernstlicher Arbeit, dagegen Neigung zu einem flotten Leben gehabt. Sein Vater sei zwar ein ehrbarer Mann, habe aber vor mehreren Jahren Konkurs gemacht. Die Belastungszeugen blieben mit aller Bestimmtheit bei ihren früheren Aussagen. Es sei kein Zweifel daran, daß der Angeklagte bereits am 18. Januar Taschendiebstahl verübt habe. Der Angeklagte, der der deutschen Sprache so wenig mächtig ist, daß mit Hilfe eines Dolmetschers verhandelt werden mußte, konnte nichts erwidern als: „Non o oere, non o oere!“

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für vollhaft überführt, denselben müsse eine harte Strafe treffen und er beantrage eine solche von einem Jahre Gefängnis und zweijährigen Ehrverlust. Der Verteidiger hielt es nicht für ausgeschlossen, daß seitens der Beamten doch ein Irrtum vorliege. Jedemfalls liege kein Grund vor, eine so außerordentlich hohe Strafe zu verhängen, wie vom Staatsanwalt beantragt sei. Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis. Der Verurteilte verließ den Saal unter den von lebhaftesten Handbewegungen begleiteten Vereinerungen, daß er unschuldig sei.

**Ueber den Begriff der „Förderung der Bäckerei“** im Sinne der Gewerbe-Ordnung hat sich das Ober-Verwaltungsgericht in einer besonders für Gastwirte bemerkenswerten Entscheidung ausgesprochen. Das Gericht erkannte gegen einen Gastwirt Busse, der eine Kneipe mit Damenbedienung hatte, auf Entziehung der Konzession







Am Mittwoch, 17. Juli, morgens 6 1/2 Uhr, hat nach langem Leiden unser Freund und Kollege, der Schriftfeger

**Martin Lentz**

im 23. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 20. Juli, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Deilands Kirchhofs (Waldense) aus statt.

Die Mitglieder der J. Kerstlichen Buchdrucker.

**Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- u. gewerbli. Hilfsarbeit. Berlins.**

**General-Versammlung**

Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, Langestr. 65.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom II. Quartal 1901.
2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Jedes Mitglied hat zu erscheinen.

Der Vorstand.

# Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schiller-Theater:

**Opern-Vorstellung (Morwitz-Oper).**

**„Die Zauberflöte“.** Romantische Oper von W. A. Mozart.

Karten für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1 R. (inkl. Garderobe) sind in nachstehenden Zahlstellen, sowie beim Kassierer zu haben:

E. Knapp, Oranienstr. 5. G. Schmidt, Treptowstr. 22. Wd. Wdhr, Adersstraße 88. H. Beder, Gogolstraße 9. F. Pech, Köderstr. 120. G. Böhren, Kommandantenstr. 62. Laura Wöhren, Neue Jakobstraße 6. Th. Stumpel, Mariannenstr. 25. G. Köhn, Rannunstr. 83. P. Kaufhold, Wrangeistr. 52. P. Goos, Wälderddorferstr. 15.

J. A.: H. Neft, Kassierer, Georgenkirchstr. 47, I.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

**Sitzung der Orts-Verwaltung.**

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**

(Verwaltungsstelle Berlin).

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353

Sonabend, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8:

**Vertrauensmänner-Konferenz für Moabit.**

Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Weisner, Chausseestr. 72:

**Versammlung der Feilenarbeiter.**

Montag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Bartel, Bismarckstr. 59:

**Vertrauensmänner-Konferenz für den Westen.**

Die Ortsverwaltung.

**Verband des techn. Bühnen-Personals.**

Sonabend, den 20. Juli, abends 11 Uhr, Neue Köhlerstr. 3:

**Mitglieder-Versammlung**

Tages-Ordnung:

1. Kasienbericht.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. 100/5

Um zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand.

**Fachverein der Bretterträger sowie Brettschneider.**

Sonntag, den 21. Juli 1901, vormittags 10 1/2 Uhr, Holzmarktstr. 72:

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1901.
2. Abrechnung des Vergütungs-Komitees.
3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

**Achtung! Zimmerer. Achtung!**

(Vertrauensmänner-Centralisation.)

Sonntag, den 21. Juli cr., vormittags 10 Uhr, bei Cohn, Douthstr. 20, I (großer Saal):

**General-Versammlung**

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht über die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die sozialdemokratische Partei. Referent: Genosse Fritz Kater. 3. Diskussion. 4. Ergänzungs-wahl des Vorstandes. 5. Vereinsangelegenheiten.

Die Wichtigkeit obiger Tagesordnung setzt ein vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder voraus.

Der Vorstand. J. A.: Konny Hinrichsen.

**Jedes 5 Pfennig.**

Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zahlen doppelt.

**Verkäufe.**

**Kinderwagen.** Sportwagen, Kleinauswahl, Boyar Baby, Juwelenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Frontenstraße 31, Belle Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 24, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 56. Teilzahlung gestattet. 7228\*

**Kindernährmittel.** Heiß frisch, offeriert zur Zeit des Brodbrotfalls zu ermäßigten Preisen. Flora-Drögerie, Paul Bernke, Rixdorf, Köhler, Friedrichstraße 242, beim Hermannsplatz. 16465

**Nähmaschinen** und Feuer-Ver-sicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 8575

**Reparatur** von frantzeisenerberer-täuflich. Käfers Rigaerstraße 1, Seifenladen. 24315\*

**Fahrrad** verkauft billig Prinzenstraße 111, Hof 4 Treppen. 74425

**Walzstrahl**, Mundbläser, für Blutzüge, Brustkränke, Schwächliche, Gewichtsabnahme, bessere Gesichtsfarbe, abertausend, 14 Bismarckstr. 3, 1/2 Tonne 3,50 erhaltene. Nicht falschenzahl, Qualität aus-scheidet. Vorverkaufstelle Ringler Bernauerstraße 119. -98/17\*

**Teig**, Schloßstraße 76, Cafe Hensburgerstraße: Vager fertiger Gerren, Knaben- und Arbeitergarde-robe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Hamburg. \*

**Neue Zeit**, alte Jahrgänge, ver-kauft Pering, Grefenbacherstraße 77.

**Teppiche** mit Gardensehern, Fabriknebelerlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 733\*

**Kinderwagen**, wie neu, verkauft Prinz Alt-Moabit 44, 2. Quergebäude 2 Treppen. 770\*

**Nähmaschinen**, Adler, Kroma, Schneidäder, Ringstich, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung. Krieg, Sallgerstraße 136. 7446\*

**Milchgeschäft**, Reineck, Riete 31 Markt, billig veräußert Sorauerstraße 22. 744\*

**Vorjähre elegante Herrenanzüge** und Sommerpaletots 25-40 Mark, aus feinsten Stoffen. Verkauf Son-nabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 733\*

**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Thurnstr. 39, Bernauerstraße 49, (auch Postkarte).

**Restaurations** zu verkaufen Hosten-dorferstraße 40. 24525\*

**Restaurant** billig zu verkaufen wegen Übernahme eines Gasthofs, Urbsenstr. 60. 24515\*

**Cigarrenstiele** veräußert Butt-mannstraße 8. 755

**Sattlergeschäft**, Vaden, Wohnung, Verkauft, gute Rundschaft, Unger, Köpenick, Müggelheimerstraße 60.

**Fahrrad**, gut erhalten, verkauft sehr billig Poststr. Oberstraße 33 in Schöneberg. 7123

**12** Wuten Hochwald verkauft billig (10 Minuten vom Bahnhof) Nord-Seprenid, Verort. 24545\*

# Schloss Weissensee.

Sonntag, den 4. August 1901:

## 10. Sängerefest

des

### Arbeiter-Sängerbundes

Berlins und Umgegend.

**200 Gesangvereine. Sängere-Festzug. 4 Musikkapellen. Massengefänge.**

### Gesangs-Aufführungen

unter Leitung des Bundes-Dirigenten Herrn Richard Blobel.

Lieder-Programm:

1. Sommerfouquetwende.
2. Der Menschheit Erwachen.
3. Es grünt und blüht.
4. Empor zum Licht.
5. Wir glauben an der Freiheit Sieg.
6. Marcellaise.

## Instrumental-Konzert

von früh 8 Uhr ab,

16/10) ausgeführt vom „Alten Berliner Konzert-Orchester“.

Beim Eintritt der Dunkelheit:

### Großes Brillant-Feuwerk.

Von 4 Uhr nachmittags ab in beiden Sälen: TANZ.

Herrn, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die Kaffeeküchen stehen den geehrten Damen von 8 Uhr früh bis abends 6 Uhr zur Verfügung.

### Volksbelustigungen verschiedener Art.

Billets vorher 20 Pfennig. Billets an der Kasse 30 Pfennig.

Der große Nebenpark „Cyanon“ steht den Teilnehmern zur Verfügung.

Laut kontraktlicher Vereinbarung ist für 20 000 Sitzplätze Sorge getragen. Ebenfalls werden zur Bewältigung des Verkehrs die nötigen Vorkehrungen getroffen.

**W. Noacks Festsäle**

Branden-Strasse No. 10.

Juni, September, Oktober und November sind noch Sonnabende an Vereine zu vergeben. 19793\*

**Central-Kranken- u. Sterbe-kasse der Dachdecker Deutschlands „Einigkeit“.**

**Versammlung**

am Sonntag, den 21. Juli cr., vormittags 11 Uhr, bei Feind, Welschstr. 11.

54,5 Tagesordnung:

1. Abrechnung vom II. Quartal.
2. Verschiedenes und Kassensangelegenheiten.

Der Vorstand.

**Herren-Anzüge,** Paletots u. Maß, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert Landsbergerstr. 13 pr. J. Kurzberg, Teilzahlung gestattet.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.**

Sonntag, den 21. Juli, n. Pichelswerder (Freund); Start früh 8 Uhr, Branden-burger Thor.

Raum 2 Uhr: Branden-burger Thor u. Pichels-werder. Erscheinen aller erwünscht. Gäste willkommen! 12/12

**Charlottenburg.**

M. Schmerberg 18749\* Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.

Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel. Ohrhörer werden schmerzlos geflochten.

**Orts-Krankenkasse der Sattler**

und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß § 22, betreffend Zulassung bestimmter Apotheken, gemäß dem Beschlusse der General-versammlung vom 27. April 1901 genehmigt ist.

Berlin, den 15. Juli 1901.

Der Vorstand. [273/11]

A. Hoffmann, P. Jenner, Vorsitzender. Schriftführer.

Holzmarktstr. 20. Bäckerei, auch für andre Zwecke zu vermieten. 13995\*

# Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**

**Kinderwagen.** Sportwagen, Kleinauswahl, Boyar Baby, Juwelenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Frontenstraße 31, Belle Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 24, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 56. Teilzahlung gestattet. 7228\*

**Kindernährmittel.** Heiß frisch, offeriert zur Zeit des Brodbrotfalls zu ermäßigten Preisen. Flora-Drögerie, Paul Bernke, Rixdorf, Köhler, Friedrichstraße 242, beim Hermannsplatz. 16465

**Nähmaschinen** und Feuer-Ver-sicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 8575

**Reparatur** von frantzeisenerberer-täuflich. Käfers Rigaerstraße 1, Seifenladen. 24315\*

**Fahrrad** verkauft billig Prinzenstraße 111, Hof 4 Treppen. 74425

**Walzstrahl**, Mundbläser, für Blutzüge, Brustkränke, Schwächliche, Gewichtsabnahme, bessere Gesichtsfarbe, abertausend, 14 Bismarckstr. 3, 1/2 Tonne 3,50 erhaltene. Nicht falschenzahl, Qualität aus-scheidet. Vorverkaufstelle Ringler Bernauerstraße 119. -98/17\*

**Teig**, Schloßstraße 76, Cafe Hensburgerstraße: Vager fertiger Gerren, Knaben- und Arbeitergarde-robe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Hamburg. \*

**Neue Zeit**, alte Jahrgänge, ver-kauft Pering, Grefenbacherstraße 77.

**Teppiche** mit Gardensehern, Fabriknebelerlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 733\*

**Kinderwagen**, wie neu, verkauft Prinz Alt-Moabit 44, 2. Quergebäude 2 Treppen. 770\*

**Nähmaschinen**, Adler, Kroma, Schneidäder, Ringstich, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung. Krieg, Sallgerstraße 136. 7446\*

**Milchgeschäft**, Reineck, Riete 31 Markt, billig veräußert Sorauerstraße 22. 744\*

**Vorjähre elegante Herrenanzüge** und Sommerpaletots 25-40 Mark, aus feinsten Stoffen. Verkauf Son-nabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 733\*

**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Thurnstr. 39, Bernauerstraße 49, (auch Postkarte).

**Restaurations** zu verkaufen Hosten-dorferstraße 40. 24525\*

**Restaurant** billig zu verkaufen wegen Übernahme eines Gasthofs, Urbsenstr. 60. 24515\*

**Cigarrenstiele** veräußert Butt-mannstraße 8. 755

**Sattlergeschäft**, Vaden, Wohnung, Verkauft, gute Rundschaft, Unger, Köpenick, Müggelheimerstraße 60.

**Fahrrad**, gut erhalten, verkauft sehr billig Poststr. Oberstraße 33 in Schöneberg. 7123

**12** Wuten Hochwald verkauft billig (10 Minuten vom Bahnhof) Nord-Seprenid, Verort. 24545\*

**Nähmaschinenlager** sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Vondenbergstraße 32.

**Fahrräder** (verfälscht), billigste Preislisten, enorme Auswahl hoch-feiner Fahrräder. Beschäftigung er-wünscht. Verkauft, Neue Schö-nhauserstraße 11. 99/14

**60** Ruten-Pantheon im Vorort, nicht an der Bahn, verkauft billig Voerß, Hepernid, Stettinerbahn. \*

**Ziehband**, Kott, verkauft Dresdenerstraße 12, Vondenbergstraße 32. 24475

**Teppich** billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 733.

**Vermischte Anzeigen.**

**Kaufe** Gondel oder Angelkahn, Restaurant Seydelstraße 11. 24495

**Französisch** (billig) Breitenstraße 5.

**Englisch** (billig) Breitenstraße 5.

**Verspflichteter** Patentanwalt Damm-mann, Oranienstraße 57, Wriezplatz.

**Unfallsachen**, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Papiere, Steglitzerstraße 65. 19395

**Augenabad**, Köpenickerstraße 60, Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-sachen. 7369\*

**Schriftliche** Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtssachen, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erlo-greich und billig Franz Wildhagen, Uffrichsburgerstr. 32, Quergebäude III.

**Vereinszimmer**, Zahlstelle passend, Fernsprecher III 1785. J. B. Wilhelm Wilmersdorf, Badstraße 14.

**Metallbruch** aller Art, kauft Broderick, Doppelreiterstraße 16. 1811b

**Köllner** Hof, Köllnerstraße 8, Sonntag zur Versammlung und Tanz frei. Kein öffentlicher Tanz. \*

**Rechtsbureau**, Rechtshilfe, Rat-erteilung, Andreadstraße Dreim-achtzig 2424b\*

**Wiederlegions**, Brodhaus, Bremen, Gesichtswerte und alle andern Bücher belehrt und kauft Jannemann, Koch-strasse 56 I. Amt 4a 6944. 7562\*

**Neue** Landensörle, Remelerstraße 9, Emil Reich. 7433\*

**Anfertigung** eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Rarous, Kleine Frankfurterstr. 20. \*

**Vereinszimmer** zu vergeben, auch passend für Jahlstelle. Rudolf Jarran, Rannunstraße 80. 24535\*

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Mann**, 30er, febergewandt, sucht Beschäftigung, Fabrikbetrieb oder Lager. G. Postant 75. 24575

**Stellenangebote.**

**Tüchtige**, kräftige Walzenschleifer, geht auf Facetten und polierte Rauten, verlangt R. Dittmeyer, An-der Stadtbahn 41. 2425b

**Chorleiter** verlangt Bärenreicht, Chorinerstraße 68. 2445b

**Maurer** und Bager (innen und außen) verlangt sofort R. Bogel, Uffrichswall. 24355\*

**Tüchtiger** Papler und Pappen-Zuschneider bei hohem Lohn dauernd verlangt, Wolf, Neue Friedrichstraße 45. 2445b

**Gehobenen** Damen und Herren wird kostenlos geachtete, eindringliche Lebensstellung nachgewiesen, eventuelle Nebenverw. Offerten mit genauer Angabe von Beruf, Alter usw. er-beten unter T. 7 an Expedition dieses Blattes.

**Arbeiterinnen** für Arbeiterhemden und Mittel verlangt Georg Kasper, Neue Königstraße 46, II. 110/13

**Weihnäherinnen** suchen Schö-nholz u. Co., Frankfurter Chaussee 114\*

**Zeitungsdarträgerin** für den Bezirk Wilmersberg-Platz verlangt Schwandberg, Seifenheimerstraße 1, Pohn 22,50 Mark. 7144\*

**Lokal-Redacteur**

gesucht bis zum 1. September.

Offerten unter U. 7 an die Expedition dieses Blattes bis zum 1. August. \*

**Achtung, Töpfer!**

Wir machen hierdurch bekannt, daß auf dem Revidan des Bau-Unter-nehmers [288/5]

**Herrn Hirschfeldt**

Hübnerstr. 6,

die Kollegen bis auf weiteres die Arbeit niederlegen. Es wird ersucht, zur Zeit auf genanntem Bau n i d i t in ein Arbeitsverhältnis zu treten.

Verein der Töpfer Berlins und Umgegend.

**Arbeiter-Sekretär**

gesucht.

Mit der am 1. Oktober erfolgenden Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats in Dortmund ist die Stellung eines Sekretärs mit dem Anfangsgehalt von 2400 Mark zu belegen. Bewerber, welche über die nötigen Kenntnisse verfügen und besonders auch in der Berggesetzgebung Bescheid wissen, wollen ihre Offerten mit Angabe ihres bisherigen Wirkungsbereiches bis zum 1. August gelangen lassen an

**H. Becker, Dortmund, Rh.-Westf. Arb.-Ztg.**